die bauzeitschrift der flora

nr. 184 // januar/februar 2015



zeck

25 JAHRE SIND NICHT GENUG
FLORA BAUT

Stell dir vor, die Flora baut und alle machen mit ...

2015…what to say?

Wir hoffen ihr seid alle gut ins neue Jahr gekommen und an guten Vorsätzen steht bei euch an vorderster Stelle kein Frieden mit den bestehenden Verhältnissen zu schließen. Das zumindest könnte uns ein widerständiges 2015 bescheren.
Und dieses Jahr startet auch gleich mit einigen Begebenheiten die unsere politischen Aktivitäten aus dem Winterschlaf holen sollten.
So zeichnet sich für die Lampedusa-Gruppe in Hamburg immer noch keine Lösung ab… darum sehn wir uns auch alle am 31.1. auf der Demo, oder?
Auch steht die Bürgerschaftswahl vor der Tür und wie wir alle wissen nimmt in dieser Zeit, forciert von diversen Politiker*innen, gerne das ein oder andere Thema noch mal ordentlich an farbenprächtiger Fahrt auf.

Außerdem legen wir euch den 18. März ans Herz. Zur EZB-Eröffnung in Frankfurt a. M. wird es gewaltige Proteste geben.

Der G7-Gipfel findet nun nach 2007 (Heiligendamm) wieder hierzulande statt, vom 7. – 8.6.2015 auf Schloss Elmau bei Garmisch-Partenkirchen und bedeutet jede Menge Organisation und Koordination um gemeinsam mit den Gipfelstürmer*innen aus aller Welt solidarisch zu agieren.

Und dann war da ja noch Iris Plate alias Iris Schneider - 6 Jahre als verdeckte Ermittlerin in der Roten Flora aktiv. Uns ist klar, dass die Rote Flora immer und wahrscheinlich auf ewig Ziel solcher Ausforschungs- und Bespitzelungspraxis ist und bleiben wird, da machen wir uns nichts vor. Aber statt das einfach Hinzunehmen würde man schon lieber die Zähne zeigen! Wir sind jedenfalls gespannt was in Rahmen der Öffentlichwerdung noch alles so ans Licht kommt.

Last but never least: die Flora baut und baut und baut … im Sommer kommen Wandergesell*innen und Handwerker*innen aus dem ganzen Land um einen Monat lang tatkräftig mitzuhelfen die Großbaustelle dem Ende ein Stück näher zu bringen. Dafür braucht es Geld. Also wenn ihr den ein oder anderen Groschen noch auf Tasche habt, dann …na ihr wisst schon: SUPPORT YOUR LOCAL SQUAT!

Spendenkonto
Empfänger: Rechtsanwalt Beuth
IBAN: DE 12 2001 0020 0336 5932 03
BIC: PBNKDFF
Betreff: "Sommerbaustelle"

Also dann, auf geht`s im neuem Jahr!

Die ZECKEN

Eure Einsendung für die kommende Nummer reicht ihr bitte wieder bis zum 20.02.2015 auf CD oder USB-Stick im Schwarzmarkt oder dem Buchladen ein. Denkt auch immer an einen ausgedruckte Version damit wir die Chance haben, falls der Datenträger beschädigt ist, den Artikel nachzutippen oder noch im Netz zu suchen! Wir freuen uns drauf!

Inhalt **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

KURZES



Verdeckte Ermittlerin enttarnt

Ehemalige verdeckte Ermittlerin in Hamburger linker Szene enttarnt! Die Hamburger LKA-Beamtin Iris Plate war in den Jahren 2000 und 2006 unter der Tarnidentität „Iris Schneider“ als verdeckte Ermittlerin in der Hamburger linken Szene eingesetzt. Gegenwärtig lebt Iris Plate, die am 04.12.1973 geboren wurde, im Steinhagenweg 33 in 22143 Hamburg. Nach letzten Informationen nahm sie Aufgaben in der Abteilung „Prävention islamischer Extremismus, Projekt Prävention Smart Approach“ in der Staatsschutzabteilung des LKA Hamburg wahr.
Iris Plate war mit einer erfundenen Biografie sechs Jahre lang in der linken Szene in Hamburg polizeilich aktiv. Vor allem war sie in der Roten Flora tätig, nahm dort u.a. auch regelmäßig am wöchentlichen Plenum des Projekts teil. Später engagierte sich die verdeckte Ermittlerin in weiteren Strukturen wie z.B. dem freien Radioprojekt „FreiesSenderKombinat“ (FSK).
Der langjährige Einsatz der LKA-Beamtin Plate reiht sich ein in eine seit fast 25 Jahren andauernde Ausforschungs- und Bespitzelungspraxis der Hamburger Staatsschutzbehörde rund um die Rote Flora. Obwohl der Einsatz von verdeckten Ermittler*innen eigentlich an enge gesetzliche Vorgaben formal gebunden ist und eine zeitlich begrenzte Maßnahme der unmittelbaren Gefahrenabwehr darstellen soll, agieren in Hamburg verdeckte Ermittler*innen im rechtsfreien Raum.
Mit der Behauptung, es würden keine personenbezogenen Daten erhoben, wird diese rechtswidrige Praxis legitimiert. Im Falle der sechs Jahre lang eingesetzten LKA-Beamtin Plate ist dieser Umstand von besonderem Zynismus, da die LKA-Beamtin unter ihrer Tarnidentität die Grenzen ihres polizeilichen Handelns massiv überschritten hat und mehrere enge Freundschaften und längere Liebesbeziehungen geführt hat, ohne natürlich dabei ihre polizeiliche Identität preiszugeben.
Mit dieser Veröffentlichung wollen wir auf diesen skandalösen Vorgang aufmerksam machen und zugleich deutlich machen, dass wir uns mit dieser Praxis nicht abfinden werden.
Wir fordern eine lückenlose Offenlegung der Umstände des Einsatzes der verdeckten Ermittlerin Iris Plate in unseren Strukturen.
Eine ausführliche Stellungnahme zum Einsatz der verdeckten Iris Plate findet sich unter: http://verdeckteermittler.blogsport.eu.
Rückfragen bzw. Wünsche für eine Kontaktaufnahme können an die Mailadresse verdekkteermittler@nadir.org gestellt werden.

Einige Betroffene.
Hamburg, 03.11.2014

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Demonstration gegen das PKK-Verbot

Am 29.11.2014 gingen in Hamburg 600 Menschen auf die Straße um gegen das Verbot der kurdischen Arbeiter_Innenpartei PKK in Deutschland zu demonstrieren und die Freiheit für Mehmet Demir und alle politischen Gefangenen zu fordern.
Aufgerufen haben das Bündnis "Hamburg für Rojava" und anderen linke Organisationen. Auch Genoss_Innen aus Kiel und Hannover waren angereist um sich an der Demonstration zu beteiligen. Am selben Tag gab es neben Demonstrationen in München und Stuttgart auch eine bundesweite Demonstration in Frankfurt am Main.
Gegen 13 Uhr sammelten sich die Teilnehmenden am Bahnhof Sternschanze um von dort, vorbei an der Roten Flora, zum Untersuchungsgefängnis Holstenglacis zu ziehen. Neben verschiedenen Redebeiträgen, welche die aktuelle Situation rund um die immernoch umkämpfte Stadt Kobane thematisierten und auf das fortschrittliche Projekt Rojava eingingen, gab es eine Solidaritätsaktion für den in Freiburg festgenommenen, baskischen Aktivisten Tomas, dem die Auslieferung nach Spanien droht.
Die erste Zwischenkundgebung wurde vom Dach der Roten Flora mit Pyrotechnik und einer großen Flagge der PKK begrüßt. Nach einer Schweigeminute für die gefallenen Revolutionär_Innen ging die Demonstation lautstark weiter zum Untersuchungsgefängnis. Dort sitzt seit Ende August unser Genosse Mehmet. Ihm wird vorgeworfen, sich an der "ausländischen terroristischen Vereinigung" PKK gemäß Paragraph 129b beteiligt zu haben. Vor dem Knast wurde darauf hingewiesen, dass der Paragraph 129a und b als politisches Instrument gegen fortschrittliche Kräfte abgeschafft gehört. Außerdem gab es eine Grußbotschaft an Jakob S., dem vorgeworfen wird, eine Hausbesetzung im August militant verteidigt zu haben.
Unter lauten Parolen und zu kurdischer Revolutionsmusik zog die Demonstration schließlich weiter hinter das Gefängnis, von wo aus Mehmet die Menschen hören konnte, die ihm und anderen Gefangenen viel Kraft wünschten und versprachen, dass der Kampf für ein freies Kurdistan weitergeht.

* * * * * * * * * * * * * * * * *

"Und Sie sind sich sicher, dass Sie nur die Richtigen kontrolliert haben?"
- "100%ig. Das hat man schon gesehen, wer Störer und wer Bürger ist."
(Prozess wegen Protesten in der Bürgerschaftssitzung zu Lampedusa, 2014)

Bürger oder Störer_in? Mottoparty gegen Repression

Viel zu häufig glauben Polizist_innen und andere Kontrolleur_innen, anhand der Kleidung oder dem Aussehen unterscheiden zu können, wer unbescholtene_r Bürger_in ist und wer stören möchte.
Aber können 'wir' uns überhaupt unauffällig anziehen? Wie ist das mit der Kleidung, aber auch mit Frisur, Auftreten, etc.? Kann man das üben? Sind 'wir' es, die sich ändern müssen? Und ist das unauffällige in-der-Menge-verschwinden, wenn man sich 'richtig' anzieht, nicht auch ein Privileg, das vor allem weißen Cis-Menschen vorbehalten ist (also ein Privileg für weiße Menschen, die in dem Geschlecht leben, als das sie geboren wurden)?
Und auch umgekehrt wird nach 'Bürger_in oder Störer_in' gefragt. Gibt es nicht auch viele Menschen, die als 'nicht so richtig politisch' oder 'nicht so richtig radikal' wahrgenommen werden, weil sie nicht genug nach 'Störer_in' aussehen?

Aus all diesen Gründen:
AM FREITAG, 6.2., GIBT ES IM LIBERTÄREN ZENTRUM (LIZ) DIE GROßE BÜRGER-ODER-STÖRER_IN-COCKTAIL-MOTTO-PARTY.
MIT DEN BESTEN STÖRER_INNEN UND BÜRGER_INNEN AUS ALLEN JAHREN UND JAHRZEHNTEN. MIT COCKTAILS UND MUSIK. MIT MÖGLICHKEITEN ZUM PUTZEN VON SCHUHEN, NASEN UND BRILLEN. MIT HEMD, BLUSE UND HOSE. UND BÜRGERLICHEM UNAUFFÄLLIGKEITSFEEDBACK IN DER SPIEGELBOX.
BITTE WENN MÖGLICH AUCH UTENSILIEN MITBRINGEN.
MIT DER PARTY SOLLEN AKTUELLE REPRESSIONSKOSTEN GEDECKT WERDEN, BEI DENEN MENSCHEN FÜR STÖRER_INNEN GEHALTEN WURDEN. REPRESSION KANN JEDE_N TREFFEN, EGAL WIE WIR UNS ANZIEHEN.
LIZ: KAROLINENSTR 21, HINTERHOF, U-BAHN MESSHALLEN.

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Lebenszeichen der Squattingdays

Dies ist ein kurzes Resümee, welches nur die von uns in den ersten Feedback- und Reflektionsrunden wichtigsten Punkte anreißen soll. Wir sind noch mit der Nachbereitung der Squattingdays beschäftigt und haben den Anspruch, in naher Zukunft eine ausführliche Auswertung und Reflektion zu veröffentlichen.
Zu erst einmal: Danke an alle Beteiligten, Nachbar_innen, Sympathisant_innen und alle anderen, die dazu beigetragen haben, dass die Squattingdays stattfinden konnten.
Wir haben uns im August-Lütgens-Park sehr wohl gefühlt und hatten durchweg das Gefühl, dass die Nachbarschaft sich über das Camp gefreut hat und sich nicht von einer versuchten Kriminalisierung des Camps abhalten ließ. So konnten sich viele Menschen ein eigenes Bild machen und am Camp partizipieren. Wir waren sehr froh und freudig überrascht, dass ihr alle so viele Inhalte mitgebracht habt! Neben dem schon geplanten Programm habt ihr auf diese Art und Weise einen inhaltlichen Austausch ermöglicht, der das Camp so spannend gemacht hat. Wir freuen uns über die zahlreichen Aktionen während der Squattingdays.
Während dessen und auch in der Reflektion kam immer wieder durch, dass es viele Menschen gibt, die sich mehr Aktionen gewünscht hätten. Nach unserer Kenntnis haben zwei Scheinbesetzungen, eine Hausbesetzung, eine Wagenplatzbesetzung, ein Farbangriff auf die Behörde für Umwelt und Stadtentwicklung und eine große Demo mit anschließenden Spontis, sowie mehrere spontane Versammlungen vorm Untersuchungsgefängnis stattgefunden. Außerdem gab es noch Hausbesetzungen in Dortmund, Wuppertal und Bremen, die sich auf die Squattingdays bezogen haben. Wir freuen uns auch in Zukunft auf vielfältigen Protest.
Wir wissen jetzt und auch nicht erst seit heute, dass, wenn ein Aktionstag geplant ist, die Stadt in ihrer vollen Größe genutzt werden sollte! Allen nun von Repression Betroffenen wünschen wir viel Kraft und Support. Wir möchten hier noch einmal darauf hinweisen, dass immer noch ein Mensch in Untersuchungshaft sitzt. Wir fordern Freiheit für Jakob, Einstellung aller Ermittlungsverfahren und die Entkriminalisierung aller Hausbesetzungen. Wir fordern alle auf, sich solidarisch zu verhalten!

Solidarität mit den Betroffen!
breitesoli.noblogs.org
Es wird viel Unterstützung benötigt.
Spendet reichlich:
Rote Hilfe e.V. OG Hamburg
IBAN: DE06200100200084610203
BIC: PBNKDEFF
Stichwort: Breite Soli

Alles in Allem verzeichnen wir die Squattingdays als einen Erfolg, an dem angeknüpft werden kann. Wir haben unsere Zielsetzung von einem niedrigschwelligen Zugang, einem transnationalem Austausch und einer weiteren Vernetzung zu einem großen Teil erreichen können. Wir würden uns sehr freuen, auch von anderen Gruppen Auswertung, Kritik, Feedback und Analysen zu lesen, hören und sehen zu bekommen.
Wir sind uns derzeit noch nicht im Klaren, was die Squattingdays nun für die Zukunft gebracht haben. Es wurde geschafft, Besetzung für fünf Tage zumindest in Hamburg zum Thema zu machen. Und nun? Wie geht es weiter mit Besetzung als Praxis gegen eine profitorientierte Stadtentwicklung? Ist es möglich, Besetzungen wieder zu praktizieren, ohne dabei „nur symbolisch" zu sein?
All diese Fragen sind auch für uns weiterhin offen und wir werden uns an deren Beantwortung weiter beteiligen. Auch ohne eine bislang hinreichende Analyse freuen wir uns schon jetzt auf die nächsten Squattingdays! Wir denken, dass es weiterhin wichtig ist, einen transnationalen Austausch zum Thema Besetzungen zu ermöglichen.
Squattingdays in Hamburg, Überall, jetzt und zu Jeder Zeit!
In Gedanken bei den Gefangenen und anderweitig von Repression Betroffenen.

Squattingdays Vorbereitungskreis Hamburg, Oktober 2014

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Hamburger LKA spricht antifaschistische Aktivist*innen an

Am Donnerstag, den 13.11.2014 und Freitag, den 14.11.2014 suchte die Staatsschutzabteilung des LKA Hamburg in mindestens drei Fällen Personen aus verschiedenen linken politischen Zusammenhängen in Hamburg an deren Privatadressen auf. Darüber hinaus gibt es Hinweise, dass norddeutschlandweit weitere Personen durch Polizeibeamte persönlich aufgesucht wurden.
Diese nach dem Muster von „Gefährderansprachen" durchgeführten Gesprächsversuche stehen offensichtlich im Zusammenhang mit der Hooligan-Demo am morgigen Samstag in Hannover. Nach den bisher bekannten Fakten sollten in den drei Ansprachen durch das Hamburger LKA erreicht werden, dass die Betroffenen ihren angeblichen Einfluss auf linke antifaschistische Zusammenhänge geltend machen und auf friedliche Proteste hinwirken.
In allen drei Fällen haben die Angesprochenen jedes Gespräch mit den LKA-Beamten konsequent verweigert.
Sollten weitere Personen in Hamburg von diesen polizeilichen Aktivitäten betroffen sein, meldet Euch beim Hamburger Ermittlungsausschuss, der Roten Hilfe bzw. informiert ggf. Anwält*innen Eures Vertrauens.
Kein Gespräch und keine Zusammenarbeit mit Staatsschutzbehörden!
Anna und Arthur halten das Maul!

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Neues zur Breiten Straße

Jakob ist frei, eine andere Person sitzt

Am Mittwoch, den 17.12. war Haftprüfung und Jakob, der nach der Hausbesetzung in der Breiten Straße am 27.08. in Hamburg inhaftiert wurde, ist nun nach fast vier Monaten Untersuchungshaft gegen Auflagen aus dem Knast entlassen worden.
Gute Nachricht, aber keine Entschärfung der Situation.
Wie kürzlich bekannt wurde sitzt seit einiger Zeit eine andere Person im Zusammenhang mit derselben Besetzung in U-Haft. Wir zeigen uns weiterhin solidarisch mit allen Betroffenen der Ermittlungen und Repression. Die Verfahren laufen und die Ermittlungen dauern an. Gebt den Betroffenen das Gefühl nicht alleine zu sein! Feuer und Flamme der Repression!!!

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Silvester gegen alle Knäste!

Wie die letzten sechs Jahre sind auch dieses Jahr in Hamburg Menschen an Silvester für die Freiheit aller Gefangenen und gegen alle Knäste und die Verhältnisse die sie brauchen auf die Straße gegangen.
Schon am frühen Abend trafen sich einige Menschen auf der Rückseite des U-Haft Knastes Holstenglacis in den anliegenden Parkanlagen um mit Musik, Feuerwerk, Transpi und Grußworten einen Gefangenen des Breite Str. Verfahrens (mehr Infos auf breitesoli.noblogs.org) und alle anderen Gefangenen zu solidarisch zu grüßen.
Kurz vor dem Jahreswechsel versammelten sich dann um die 100 Menschen vor dem Knast Holstenglacis. Es gab ein Transpi auf dem groß "Freiheit für alle!" stand, außerdem Musik, Feuerwerk und Parolen. Gefangene antworteten mit Parolen. Aber auch zwei Ketten Bullen folgten schnell und postierten sich links und rechts von der Demo. Bis auf eine Ansage den Feuerwerksbewurf zu unterlassen, fristeten sie ihr trauriges Dasein.
Nachdem gemeinsam mit den Gefangenen das neue Jahr begangen wurde, war die unangemeldete Demo zu Ende und löste sich auf.

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Hamburg/Pinneberg: Die Opfer des NSU-Terros werden nicht vergessen!

Erinnern heißt Kämpfen!
Am 04.11.14 jährte sich die Selbstaufdeckung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zum dritten Mal. Deshalb haben wir den Tatort des NSU in Hamburg-Bahrenfeld besucht und am Gedenkstein für Süleyman Taşköprü einige Blumen niedergelegt. Rund um den Tatort und in den belebteren Straßen Altonas haben wir eine Menge Flyer verteilt und mit einigen Leuten über den NSU gesprochen. Anschließend wurden auch in Pinneberg Flyer verteilt.
Am 4. November um 17:30 wurden bundesweit Straßen in Gedenken an Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter sowie an die Bombenanschläge in der Kölner Probsteigasse und der Keupstraße umbenannt.
In Pinneberg und in 11 weiteren Städten tragen nun einige Straßen vorübergehend die Namen der Opfer der NSU-Mordserie.
Wir hoffen, dass sich im nächsten Jahr noch mehr Menschen an Aktionen beteiligen, um die Namen der Opfer des rassistischen Terrors sichtbar zu machen!
Kein Vergeben! Kein Vergessen!

Antifa 309, Antifa Pinneberg

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Eine andere Empfehlung ...

... zum Umgang mit Anhörungsbögen bezüglich des diesjährigen „War Starts Here“ Camps
Das „War Starts Here“ Camp 2014 ist bereits einige Monate her. Auch in diesem Jahr finden Repressionsversuchen gegen Personen, die sich am Aktionstag gegen das Gefechtsübungszentrum des Heeres (GÜZ) Altmark beteiligt haben sollen, statt. Aktuell verschickt das Bundesministerium der Verteidigung Briefe, in denen den Empfänger_innen eine Ordnungswidrigkeit in Form der Betretung des Truppenübungsplatzes vorgeworfen wird.
Ein Großteil dieser Briefe richtet sich an Teilnehmende der Platzbesetzungen der 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen'. Den Betroffenen wird die Gelegenheit gegeben, sich zu äußern.
Auf der Homepage 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen' ist nun eine Empfehlung zu lesen, wie sich ein Umgang mit diesen Anhörungsbögen seitens der Vorbereitungsgruppe der Platzbesetzungen vorgestellt wird. Dort wird empfohlen, möglichst viele Mitstreiter_innen sollten ein Antwortschreiben an das Ministerium schicken, in dem »unsere antimilitaristische Haltung deutlich wird«. Es wird vorgeschlagen, inhaltlich zu argumentieren, warum der Truppenübungsplatz abgeschafft werden muss. Über vermeintliche Taten, andere Personen oder darüber, was mensch an dem (Aktions-)tag gemacht hat, sollen in diesem Brief keine Aussagen gemacht werden.
Das Schweigen beim konkreten Tatvorwurf etc. ist einem Haltung, die wir – genauso wie die 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen' – als grundlegend und unumgänglich erachten, doch damit ist noch lang nicht alles gesagt!
Wir, als diesjährige Vorbereitungsgruppe des „War Starts Here“ Camps, haben einen anderen Umgang mit Repression als die Gewaltfreie Aktion GÜZ abschaffen und möchten der ihrigen eine andere Empfehlung gegenüberstellen
Diese Empfehlung beschreibt die 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen' als „die eher klassische Variante“- gemeint ist das einfache Ignorieren der Anhörungsbögen und somit keine Stellungnahme gegenüber dem Ministerium für Verteidigung.
Genau das ist unsere Vorgehensweise und auch unsere Empfehlung an Teilnehmende der Besetzungen des Truppenübungsplatzes:
Ignoriert die Anhörungsbögen und verweigert die Aussage!
Wir können die Argumentation der 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen' und den Wunsch sich zu positionieren nachvollziehen, es geht bei dieser Art des Umgangs mit Repression darum, den Behörden (in diesem Fall dem Ministerium für Verteidigung) zu signalisieren, dass „wir gute Argumente haben“ und uns „nicht einschüchtern lassen“.
Wenn wir uns dazu entscheiden, Briefe der Bullen oder in diesem Fall des Ministeriums der Verteidigung zu ignorieren und die Aussage konsequent zu verweigern, hat das nichts damit zu tun, dass wir eingeschüchtert sind. Wir wollen ganz einfach nicht mit Bullen, Staatsanwaltschaft, Gericht oder Ministerium der Verteidigung zusammen arbeiten und ihnen keine Möglichkeit bieten, Informationen von oder über uns zu bekommen!
Dieser Grundsatz der Aussageverweigerung bedeutet für uns nicht nur, sich nicht zu konkreten „Taten“ zu Äußern. Es gibt keine harmlosen Aussagen und keine Informationen, die die Repressionsbehörden nicht (gegen uns) verwenden können. Mit jeder Aussage, gewähren wir Einblick in unsere Strukturen und in die politischen Einstellungen von uns und anderen.
Sicher gibt es immer wieder Verfahren, in denen Betroffene vor Gericht in der Befragung keine Aussagen machen, sich aber dazu entscheiden, eine Stellungnahme zu verlesen, in der das steht, was jetzt auch die 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen' empfiehlt - eine politische Positionierung als klares Statement.
Dieses Vorgehen halten wir in manchen Fällen sogar für richtig, es unterscheidet sich jedoch auch klar von den geforderten Stellungnahmen 'Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen'.
Zum einen richten sich diese Stellungnahmen vor Gericht an „die Öffentlichkeit“ und somit nicht nur an eine Behörde wie das Ministerium der Verteidigung. Eine solche kann für uns kein_e Adressat_in sein, der wir unsere politischen Motivationen darstellen wollen. Zum anderen sind diese Stellungnahmen meist mit anderen Betroffenen, Freund_innen und vor allem auch den Anwält_innen abgesprochen.
Diese Auseinandersetzung und Absicherung fehlt gänzlich, wenn die Empfänger_innen der Anhörungsbögen eigenständig Briefe verfassen, die niemand von uns je lesen wird.
Zurück zu den Anhörungsbögen bleibt uns nur nochmals zu betonen:
Der beste Schutz ist meist das einfachste – nämlich gar nichts zu sagen! Keine Zusammenarbeit mit der Justiz! Keine Aussagen! Anna und Arthur halten's Maul!

Vorbereitungsgruppe
"War Starts Here!" Camp 2014

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Kollektives Zentrum koZe

Nun ist es soweit, mit dem Fuß in der Tür des Kindergartens und Blick auf die Schule ist der erste Schritt für ein kollektives Zentrum gemacht. Nach einem mehrjährigen Prozess, in dem Aktive aus dem Stadtteil für ein Mitspracherecht an der Mitgestaltung des 8000m² Areals am Schultzweg/Norderstraße gekämpft haben, wurde in den letzten Monaten – mal wieder – klar, dass es kein Interesse daran gibt, Menschen vor Ort in die Entwikklung ihres Viertels einzubinden. Jetzt sind ein paar Räume offen und noch mehr Menschen dabei, die neu entstandene Nische zu nutzen und mit Leben zu füllen. Wir wissen was wir brauchen und wo wir es finden können. Wir beweisen hier, dass wir uns selbst verwalten können und keine vorgesetzten Autoritäten von Seiten der Behörde brauchen oder wollen.

Raum- & Veranstaltungsfragen: Mo. 19:30 h
Radküche (Fahrradselbsthilfe): Mi 18 – 21h
Tante Münze / Food-Coop: Mi 19: – 21h, So 17 – 19 h
Offene Kneipe: Do 19:30 h
Leistungsbefreites Fußball: So 14 h
koZe kocht & unkommerzielles Kino jeden 2ten & 4ten So 19:30 h
Und vieles mehr…..

Kollektives Zentrum koZe
Norderstraße 65 , im Münzviertel
koze@riseup.net

* * * * * * * * * * * * * * * * *

2015: Siko, EZB, G7 und IMK

D e Mob s erung für d e Großdemo gegen d e NATO Kr egskonferenz st g e chze t g e n Aus b ck auf e n Jahr des W derstands m Re ch e ner Best e. Deutsch and st e nes der bedeu tendsten Industr estaaten der Erde – Kr eg und Kap ta smus nehmen von h er aus hren Weg n a e We t auf.
A so beenden w r Kr eg und Kap ta smus auch genau h er!
Siko: D e m tar st sche E nm schung der NATO Staaten n v e en Reg onen der Erde, hat zur Destab s erung und zur Auf ösung der S cherhe t v e er Menschen geführt. Der Nahe Osten st e n Be sp e , w e d e jahrzehnte angen Intervent onen zu Vertre bung und B utverg e ßen führten. In Anbetracht der Tatsache, dass der IS verkündete, b s zum Is am schen Opfer fest Kobane e nzunehmen, gr ffen d e „Fr edens mächte“ n cht e n. Denn nach dem Fa Kobanes wäre das Thema n den Med en vergessen und der Stre t um d e Ro e der Türke n d esem Konf kt n cht mehr Hauptthema gewesen.
D ese Po t k bedeutet n cht Fr eden, sondern Kr eg und E end. W r wo en von der NATO ke n E nschre ten, sondern hre Auf ösung! Unsere So dar tät gegenüber den Kämpfenden für e n Leben n Fre he t und S cherhe t, so te unser W derstand gegen d eses Treffen se n! Smash S ko, f ght war!

EZB: Am 18. März eröffnet d e Europä sche Zentra bank hren neuen S tz n Frankfurt und ste t s ch m t e nem r es gen Hochhaus a s neue Bankene te der We t dar. Deutsch and st nun endgü t g und s chtbar m H mme der w cht g sten W rtschaftsmächte der We t angekommen. Ihre Macht unterstre cht d e BRD n der EU se t e n gen Jahren mmer mass ver. Den Arbe ts und Sparzwang denen s e den Menschen n Deutsch and m t den Hartz Gesetzen aufer egten, zw n gen s e se t der Eurokr se auch Menschen n an deren Ländern auf. S e zw ngen mehr a s 366 M onen Menschen e ne neue Po t k auf, d e das Kap ta noch mehr s chern und stärken so , während s e v e e M onen von Menschen n Ar mut drängt. Hochmut kommt vor dem Fa – e t’s take over the party!

G7: D e E te der kap ta st schen Mächte treffen s ch ma w eder um s ch und hre se bst aufer egte We tordnung zu fe ern und zukunftswe sende Themen zu besprechen. S eben Personen me nen, über d e Köpfe von mehr a s 7 M ar den Menschen und deren Leben h nweg be st mmen zu können. Ihr System st he ßt Macht und Unterdrückung. Ihr Kap ta sch agen s e aus der Ausbeutung und hre S cherhe t aus der Ab schottung. Ihre Po t k best mmt unser Leben, aber nur so ange w r das zu assen! Der Zaun um das Sch oss und se ne tausenden Beschütze rInnen s nd das angre fbare S nnb d hrer Arro ganz. Ihr Zaun und hre Bu en h er und hre Mauern und So datInnen dort – et’s f ght them back!
IMK: Deutsch and hat es s ch zum Z e gesetzt, w eder bedeutende Großmacht auf der We t zu se n. E ne Großmacht fürchtet n chts mehr, a s von nnen angegr ffen und destab s ert zu wer den. Desha b bauen s e d e nnere S cherhe t m mer we ter aus, um jeg chen Protest m Ke m zu erst cken, bevor er zu W derstand w rd. Men schen so en funkt on eren und n cht denken, h nen w rd gesagt was norma und gut st und was n cht norma und böse st und nach d esem Mu ster w rd aussort ert. Andersdenkende werden a s „Extrem sten“, um hr Recht kämpfende F ücht nge a s „Soz a schmarotzer“ und s ch der herrschenden Ordnung W dersetzende a s „Ter ror sten“ beze chnet. D eses Deutsch and gre ft m t a er härte nach der Macht, nach außen, aber vor a em auch nach nnen.
Desha b st es so w cht g geworden, d esem Tref fen und se nen Themen d e nöt ge Aufmerksam ke t zu geben und den nöt gen W derstand zu e sten. No nat on no border, f ght aw and or der!
Widerstand ist, was ihr daraus macht
Ob auf der Großdemo oder wo auch mmer, der W derstand gegen d e NATO Kr egskonfe renz st, was hr daraus macht. Über egt euch a so was hr an dem Wochenende machen könnt, um auf d e NATO und M tar smus m A geme nen aufmerksam zu machen. Am besten wäre es natür ch, wenn hr an dem Woche nende n München se d, um an der Demo te zunehmen und wenn mög ch vor und nach der Demo Akt onen durchführt. Ganz ega ob ega oder ega , W derstand gegen e ne so che Kr egstagung n m tten e ner Großstadt st eg t m und w cht g! A e n oder n e ner Gruppe, w r sehen uns auf den Straßen!
Se d kreat v und asst euch n cht erw schen!

Aufruf zum libertären Block: W r ma en uns d e We t, w e s e uns gefä t! D e Frage, w e un sere We t aussehen so te, so te n cht von paar wen gen geste t und beantwortet werden, son dern von uns a en! W r s nd der Me nung, dass e ne andere We t n cht nur nöt g, sondern auch mög ch st. Der Kap ta smus hat ausged ent und d e Menschen haben es satt, hre Gesch chtsbü cher noch se tenwe se we ter m t Kr egen zu fü en. Lang genug haben s e unser Leben be st mmt. Ihre Gesetze und Verordnungen, hre Bu en und So dat*nnen und hre Knäste und La ger – hre Log k von S cherhe t und Fre he t.
Der Traum von e ner anderen We t so te n cht mehr nur e n Traum se n, sondern end ch W rk chke t werden! Was, wenn w r – d e Verträum ten – m t unserer Art zu Leben, uns d e We t neu ma en? Was, wenn das Bunt unseres Lebens an dere Menschen nsp r ert? Was, wenn unser Re spekt und unsere So dar tät, anderen Menschen ehrt, vom System der H erarch e und Unter drückung oszu assen?
D e Ze t st ängst re f, den Gestressten der ar be tenden K asse und a en Schü er*nnen zu ze gen, dass es e ne A ternat ve g bt. E ne We t n der kreat ve Betät gung n cht an Woh habende abgegeben werden muss, um d e e gene Ex stenz zu s chern. E ne We t, n der L ebe n cht mehr er kauft w rd und L ebende w e Ware m Super markt ausgesucht werden. E ne We t, n der Kon f kte n cht durch Bu en oder sogar So dat*n nen ge öst werden, sondern durch verstehen und kennen ernen anderer Personen. Es k ngt nach Utop e, aber es st der Traum, der uns zu kämpfen beg nnen ässt. Wenn d e Menschen durch uns d e Augen geöffnet bekommen und den Gedanken der Anarch e ernen zu verste hen, st es mehr a s nur e n Traum!
D e, d e m t Bomben und M tärb ockaden Men schen am Leben h ndern und daran auch noch kräft g das Ge d verd enen, dass s e v e en n h rem Sp e verwe gern, s nd w eder Anfang Fe bruar m tten n München. Ihre graue We t vo er g e chgescha teten Kr eger*nnen n Camouf age st der Tod der Fre he t!
D e Ze t st re f, s ch d e We t neu zu ma en und zwar so, w e s e uns gefä t!
Kommt n den bertären B ock!
Der bertäre B ock äuft h nter dem nternat o na st schen B ock. W r wo en e nen offenen B ock, für a e ant autor tären auf der Demo.
7.2.2015-München-13h Marienplatz

* * * * * * * * * * * * * * * * * *

Die dünne blaue Schnur ist eine brennende Zündschnur (CrimethInc)

Es kam n cht überraschend, dass d e Grand Jury n St. Lou s es gestern abge ehnt hat Darren W son – den Po z sten, der M chae Brown m etz ten August n Ferguson ermordet hat – anzu k agen. Versch edene Po t ker und Med en hat ten Monate ange daran gearbe tet d e Öffent chke t auf d ese Entsche dung vorzubere ten. S e w ssen, was aufr cht ge L bera e und Com mun ty Organ zer erst noch erkennen müssen: Dass es nur mög ch st, d e vorherrschende so z a e Ordnung aufrecht zu erha ten, wenn Po z sten e n Fre br ef dazu gegeben w rd, schwarze Männer nach Be eben zu töten. Ansonsten wäre es unmög ch d e rass st schen und ökonom schen Ung e chhe ten aufrechtzuerha ten, d e für d ese Gese schaftsform so fundamenta s nd. Trotz der bre ten Empörung, se bst unter In kaufnahme von P ünderungen und Brandst ftun gen, w rd d e Just z Po z sten mmer vor den Konsequenzen hres Hande ns schützen – denn ohne s e könnte s e se bst n cht ex st eren.
D e Entsche dung der Grand Jury n St. Lou s st ke n Feh er m Rechtssystem, sondern e ne Lehrstunde dafür, worum es h er n erster L n e geht. Ebenso s nd d e Unruhen n Ferguson n cht Zeugn s für das Sche tern des Versuchs, d e Pro teste n produkt ve Wege zu enken, sondern e n H nwe s darauf, was a e zukünft gen soz a en Be wegungen durchstehen müssen, wenn s e e ne Chance haben wo en, d e Prob eme, d e s e her vor gebracht haben, anzugehen.
E n vom Prof tstreben angetr ebenes W rt schaftssystem schafft e ne mmer we ter wach sende K uft zw schen Armen und Re chen. Se t der Erf ndung der Sk avere wurde d ese S tua t on durch d e E nführung von gese schaft chen Pr v eg en für we ße Menschen s chergeste t – e n M tte arme we ße Menschen daran zu h n dern geme nsame Interessen m t armen Peop e of Co or zu entw cke n. Aber je mehr Ung e ch he ten es n e ner Gese schaft g bt – rass st sche, ökonom sche und andere – umso mehr Gewa t st nöt g um d ese aufrecht zu erha ten. D es erk ärt d e zunehmende M tar s erung der Po ze . D es st n cht nur e n Weg d e Prof tab tät des m tär sch ndustr e en Sektors nach dem Ende des Ka ten Kr egs s cherzuste en. Ge nauso, w e es notwend g war, we twe t Truppen e nzusetzen, um d e Rohstoffversorgung zu s chern, d e unsere W rtschaft am Laufen hä t,

w rd es nun notwend g, Truppen n den USA e nzusetzen um d e ung e che Verte ung der Ressourcen zu Hause zu erha ten. Genauso, w e d e Auster tätsmaßnahmen, d e der IWF vorma s n Afr ka, As en und Late namer ka angewandt hat nun n den woh habendsten Ländern der We t n Ersche nung treten, werden d e Maßnahmen der Gefahrenabwehr und Aufstandsbekämpfung, d e ursprüng ch gegen Menschen n Pa äst na, Afghan stan und dem Irak angewandt wurden, nun auch gegen d e Bevö kerungen der Länder e ngesetzt, d e d ese Länder vorma s überfa en haben.

Pr vate S cherhe ts und M tärunternehmen, d e n Peschawar e ngesetzt wurden, oper eren nun n Ferguson, m t Panzern, d e durch Bagdad gero t s nd. B s jetzt beschränkt s ch d es auf d e ärmsten, schwarzen Wohnv erte , aber was heute n Ferguson w e e ne Ausnahme w rkt, w rd ba d andeswe t zur Gewohnhe t werden. D es erk ärt auch, warum Kämpfe gegen d e Po ze m etzten Jahrzehnt ns Zentrum der öffent chen Wahrnehmung gerückt s nd. D e Po ze ste t d e Front n e von Kap ta smus und Rass smus n jedem Kampf. Vorstandsvors tzende und Geschäftsführer nnen, d e durch Frack ng oder pr vat s erte Wasserversorgung Prof te sch agen, werden w r woh n e zu Ges cht bekommen, aber w r sehen d e Po ze , d e unsere Proteste gegen d ese n edersch agen. W r werden wahrsche n ch n e den Bankd rektor oder E gentümer sehen, d e uns aus unseren Wohnungen vertre ben, aber w r sehen d e Po z sten, d e kommen, um d e Räumungen zu vo strecken. A s Schwarze Menschen werden w r n ema s Gated Commun t es betreten um d eje n gen zu treffen, d e von we ßen Pr v eg en am me sten prof t eren, aber w r werden dem offens cht ch rass st schen Wachpersona begegnen, das uns entsprechend unserer äußeren Ersche nung kategor s ert, sch kan ert und fest n mmt.

D e Bürgerrechtsproteste, d e vor zwe Generat onen ausgetragen wurden, s nd zu Kämpfen gegen d e Po ze geworden: Heute kann e n Schwarzer Mann Präs dent werden, aber es st sehr v e wahrsche n cher, dass er von e nem Po ze beamten getötet w rd. D e Arbe terkämpfe, d e vor e ner Generat on ausgetragen wurden, wurden ebenfa s zu Kämpfen gegen d e Po ze : Anste e von s cherer Arbe t, steht nun e ne Bevö kerung, d e anges chts der G oba s erung und Automat s erung von Produkt onsprozessen nur m t H fe von Waffengewa t n e ne funkt on erende W rtschaft e ngebunden werden kann. Was e nst d e Bosse für d e Arbe ter_ nnen waren, st heute d e Po ze für d e n prekären Verhä tn ssen Lebenden und d e Arbe ts osen.

Vor d esem H ntergrund st es n cht verwunder ch, dass Po ze gewa t zum Kata ysator für d e me sten großen Bewegungen, Aufstände und Revo ten der vergangenen Jahre wurde:

D e Unruhen, d e Gr echen and m Dezember 2008 erschütterten und dabe e ne Ära we twe ten W derstands gegen Auster tätsmaßnahmen e n e teten, entzündeten s ch nach der Ermordung des 15 jähr gen A exandros Gr goropou os durch e nen Po z sten.

In Oak and schafften d e Ausschre tungen n Reakt on auf d e Ermordung von Oscar Grant zum Jahresbeg nn 2009 d e Voraussetzungen dafür, dass d e Bay Area zum Höhepunkt von Occupy und anderen Bewegungen wurde.

Der Protesttag, der d e ägypt sche Revo ut on m Jahr 2011 aus öste, wurde von der Facebook Se te We Are A Kha ed Sa d, d e an e nen we teren jungen Menschen er nnert, der von der Po ze ermordet wurde, auf den Nat ona Po ce Day, den 25. Januar angesetzt.

Occupy Wa Street gewann erst dann an Zugkraft, a s F mmater a von Po ze angr ffen m späten September 2011 n Um auf kam.

D e Zwangsräumung von Occupy Oak and, be der Po ze e nhe ten den Schäde von Scott O sen, e nem Veteran aus dem Irak Kr egs, bra chen, brachte d e Occupy Bewegung zu hrem Höhepunkt und provoz erte d e B ockade des Hafens von Oak and.

D e Entw ck ung der Proteste gegen d e Fahrpre serhöhungen n Bras en und d e Bebauung des Gez Parks n der Türke m Jahr 2013 – von k e nen E nze fa protesten zu mass ven Aufständen – waren be de das Resu tat von po ze chen Repress onsmaßnahmen.

Dasse be pass erte n Osteuropa und öste am Jahresende 2013 d e Ukra n sche Revo ut on und m Februar 2014 d e Aufstände n Bosn en aus.

Andere Städte n den USA haben e ne Re he mass ver Ausschre tungen nach Ermordungen durch d e Po ze er ebt, d e n der Revo te n Ferguson nach dem Tod von M chae Brown g pfe te.

Es st n cht nur so, dass d e Po ze e nschre tet um jede Bewegung zu unterdrücken, soba d d ese e ne Gefahr für d e aktue vorherrschende Verte ung der Macht darste t, v e mehr st m tt erwe e d e Repress on se bst zum Aus öser der Revo ten geworden.

D e Po ze kann s ch n cht a e ne auf d e Anwendung roher Gewa t stützen. S e kann n cht übera zur g e chen Ze t se n – und s e rekru t ert s ch zudem aus derse ben Bevö kerungsmasse, d e s e zu unterdrücken versucht. Daher kann s e s ch n cht a e ne auf re n m tär sche M tte ver assen. V e mehr a s d ese st s e auf e ne öffent che Leg t mat on und den Ansche n hrer Unbes egbarke t angew esen. Dort, wo es hr schwer fä t, auf d ese be den E emente zu bauen, tut s e hr bestes, das jewe s andere auf zubauschen. Wenn s e d e Kontro e über be de ver ert, w e es n a den oben beschr ebenen Fä en pass ert st, öffnet s ch e n Hand ungsfenster für A ternat ven – e n Tahr r oder Taks m Square, e n Occupy Camp oder e n besetztes Gebäude, das besetzte QT n Ferguson m etzten August – n we chem e ne We t ohne a d e Grenzen und d e Machtung e chverte ung vorste bar w rd, d e d e Po ze durchsetzt. D eses Fenster b e bt so ange geöffnet, b s es der Po ze ge ngt d e Fassade hrer Unbes egbarke t w eder herzuste en und entweder d e Kräfte, d e s e b s dah n erfo gre ch zurückgeha ten haben hrer jewe gen Leg t mat on entz eht, à a Chr s Hedges, oder es schafft hre e gene Machtausübung se bst w eder zu eg t m ert.

D ese Neu eg t m erung kann v e e Formen annehmen. In den Occupy Protesten ge ang d es auf rhetor sche We se dadurch, dass d e Po ze a s Te der 99% ausgew esen wurde (was sehr e cht auch m t dem Ku K ux K an gemacht werden kann). In Ägypten haben d e Protest erenden mehrere Reg erungen g e ch h ntere nander gestützt nur um m t anzusehen, w e d e Po ze und das M tär m Ansch uss mmer w eder d ese be Funkt on e nnahmen und s ch dabe jewe s durch den Reg mewechse eg t m erten. Am Ende ste te s ch heraus, dass das Prob em n der Funkt on und E genschaft der Po ze se bst begründet egt und n cht n e ner best mmten, hr übergeordneten Verwa tung, d e s ch e cht austauschen ässt. Während der Revo ut on n der Ukra ne übernahmen gerade d e Se bstschutze nhe ten der Protest erenden, d e d e Po ze erfo gre ch n edergesch agen haben, hre Ro e und führten s e n g e cher We se aus. Rufe nach “commun ty se f po c ng” mögen harm os k ngen, aber w r so ten uns an d e we ßen Bürgerwehren zurück er nnern, d e New Or eans nach dem Hurr kan Katr na beherrschten. Po c ng, n prakt sch jeder vorste baren Form, erhä t Rass smus und Ung e chhe t aufrecht. Es wäre woh besser darüber nachzudenken, w e w r d e Faktoren bese t gen können, d e zu unserer ange b chen Abhäng gke t von der Po ze führen.

Im Fa der Proteste gegen d e Ermordung von M chae Brown ge ang d e Neu eg t m erung der Po ze durch Forderungen nach po ze cher Verantwortung, nach Bewertungsverfahren durch d e Bürger_ nnen, durch das M tführen von Kameras durch d e Po ze – so a s könnte mehr Überwachung e ne gute Sache für jene se n, d e nnerha b der recht chen Ordnung se bst n cht über ebensfäh g s nd. Es st na v Forderungen an verme nt che Autor täten zu ste en, d e d e Po ze a s essent e und uns a s entbehr ch ansehen. D es kann nur dazu führen, dass hre Leg t m tät und unsere Pass v tät w eder hergeste t w rd und ze tg e ch e ne Gruppe von Grenzgänger_ nnen entsteht, d e persön che Macht daraus schöpfen, dass s e hre vorma ge Oppos t on zum herrschenden System n eder egen. W r so ten den Demonstrant_ nnen n Ferguson dankbar se n, d e es n den etzten Nächten abge ehnt haben pass v zu se n, d e hre Repräsentat on und e nen fa schen D a og unter der Inkaufnahme hoher persön cher Opfer ab ehnten und s ch we gerten hre Wut herunterzusch ucken.

Der e nz ge Ausweg aus d esem Unhe besteht dar n unsere Fäh gke ten zur e genen Machtausübung hor zonta und autonom auszubauen, d e Po ze hrer Leg t mat on zu entz ehen und den Mythos hrer Unbes egbarke t zu brechen. H er h n ag d e geme nsame Gefahr, d e von prakt sch a en wesent chen Bewegungen der etzten Jahre für d e herrschende Ordnung ausg ng. Wenn w r ernen, w e w r d es erre chen können, können w r unsere e gene Agenda durchsetzen, d e Autor täten davor zurückschrecken assen jungen Männer, w e M chae Brown, hr Leben zu nehmen und e nen Raum schaffen, n dem s e n cht änger fäh g s nd, d e strukture en Ung e chhe ten hrer rass st schen Gese schaft durchzusetzen. B s w r d es erre chen, können w r s cher se n, dass d e Po ze we ter töten w rd – und ke ne Untersuchungskomm ss on oder Grand Jury s e daran h ndern w rd.

Jede Akt on, d e d e I us on von Ordnung und Res gnat on zerstreut, st e n Zauberspruch für mehr davon. ✻

25 Jahre sind nicht genug – Flora baut!

Stell dir vor, die Flora baut… und alle machen mit!

Juli 2015 – Kurz nach Sonnenaufgang, Vögel zwitschern, vor der Piazza erreichen die ersten Sonnenstrahlen die Rote Flora. Eine morgendliche Ruhe liegt in der kühlen Luft. Ein Tag wie jeder andere in den letzten 25 Jahren – könnte man meinen.
Doch dann… Baugeräusche, Klopfen, Hämmern, ein Betonmischer beginnt zu röhren und eine Kreissäge heult. Ein Baugerüst steht vor der Roten Flora. Handwerker*innen arbeiten an allen Ecken. Baumaterial wird gerade angeliefert und abgeladen. Überall Leute und emsiges Treiben, es wird gekocht, laute Rufe und Musik sind zu hören.

Alles nur ein Traum?

Nö! Wir sind schon dabei. Bereits seit Oktober 2013 wird umgebaut: ein neuer zentraler Café- und Kneipenraum, eine neue Küche, neue Toiletten, eine Dusche, ein neuer Gruppenraum, um nur ein paar Arbeiten zu nennen, die sich kurz vor der Fertigstellung befinden. Aber da geht noch mehr!
Im Sommer wird es eine große Sommerbaustelle mit 50 Wandergesell*innen und anderen Handwerker*innen geben. Derzeit findet eine bauliche Bestandsaufnahme statt. Grob geplant und diskutiert werden unter Anderem:
die Erneuerung des Anbaus an der Terrasse
die Sanierung des Vordachs/Balkons
eine Sanierung der Dachanschlüsse
Fassadensanierung

Worauf wollen wir hinaus?

Die Flora ist seit 25 Jahren besetzt und wurde von uns in dieser Zeit intensiv genutzt. Nach der Besetzung wurde viel gebaut, um aus der Ruine, die nach dem Fastkomplett-Abriss für das „Phantom der Oper" übrig geblieben war, ein nutzbares Zentrum werden zu lassen. Brandschutzmaßnahmen, eine Heizung, die Skatebowl hinterm Haus, das Archiv der Sozialen Bewegungen und der Neubau des Dachs nach dem Brand 1995, sind nur einige Beispiele größerer Bauaktivitäten. Die bauliche Grundsubstanz ist ganz passabel und über die Jahre wurden immer wieder Ausbesserungen durchgeführt, um den Ist-Zustand zu erhalten.
Dennoch war nach der Vollversammlung im Oktober 2013 klar: wir wollen uns nicht auf den Erhalt des Status Quo beschränken. Nicht nur politisch war die Lage heiß, sondern auch baulich sollten neue Wege gegangen werden. Es entstand ein neues Nutzungskonzept. Nach einigen tausend Veranstaltungen, Partys und Treffen in den letzten 25 Jahren ist es an der Zeit, das Floragebäude für die nächsten Jahrzehnte fit zu machen.
Wir wollen, dass die Rote Flora auch in 25 Jahren noch immer besetzt, unverträglich und ein Ausgangspunkt von politischer Intervention ist. Sie soll auch in 25 Jahren noch immer ein wichtiger Ort von und für die linke Bewegung sein. Wir wünschen uns für die Zukunft noch vielfältigere Nutzungsmöglichkeiten und noch mehr Menschen, die sie mitgestalten und sich in der Roten Flora wohlfühlen. Wir wollen nicht nur die Substanz des mittlerweile 125 Jahre alten Gebäudes erhalten, sondern die Rote Flora durch Umbauten noch lebendiger, schöner und offener machen.
Sommerbaustelle Juli/August 2015
Wir haben uns Großes vorgenommen! Wandergesell*innen und Handwerker*innen werden uns bei dieser Mammut-Aufgabe unterstützen. Sie kommen im Sommer nach Hamburg um einen Monat lang gemeinsam mit uns zu bauen. Dafür brauchen wir nicht nur logistische, sondern auch finanzielle Unterstützung. Das Vorhaben wird sich weder mit einer oder zwei Solipartys bezahlen lassen, noch wollen wir Geld vom Staat.

Unser Aufruf an die Bewegung und alle Freund_innen der Roten Flora:

Die Finanzierung der Baustelle stellt eine große Herausforderung dar. Obwohl alle Beteiligten (wie sonst auch in der Flora) unbezahlt arbeiten, wird insbesondere das Baumaterial, sowie die Verpflegung aller Handwerker*innen und Helfer*innen sehr viel Geld kosten. Mit den Einnahmen aus dem laufenden Betrieb können wir diese Aufgabe nicht bewältigen. Wir bauen hier auf EUCH! Seid Multiplikatoren, organisiert Partys, macht Solitresen, spielt Konzerte, spendet und sammelt Spenden – werdet kreativ! Lasst uns die Sommerbaustelle möglich machen!

Auf die nächsten 250 Jahre!

Presseerklärung der Roten Flora 05.11.2014

Pünktlich zum 25.jährigen Jubiläum der Besetzung hat die SPD Hamburg den Bürgerschaftswahlkampf eröffnet und vermeintlich den Konflikt um die Rote Flora befriedet.
Das Grundstück Schulterblatt 71 mitsamt dem darauf befindlichen Gebäude gehört jetzt wohl wieder der Stadt Hamburg und wird von einer Stiftung treuhänderisch verwaltet. Zumindest wenn die Juristen korrekt gearbeitet haben. Gert Baer klagt dagegen.
Dazu stellen wir fest: Die Rote Flora lässt sich nicht befrieden, da die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse keinen Frieden zulassen.
In Erinnerung an Olaf Scholz' ersten Hamburger Wahlkampf und dem daraus resultierenden Brechmittelfoltertod von Achidi John liegt die Rote Flora am Achidi-John-Platz 1.
Tausende illegalisierte Menschen in dieser Stadt würden sich eine Befriedung ihres Lebens durch einen legalen Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis wünschen. Der Senat ignoriert diese Menschen und ihren Kampf. Er weigert sich an dieser Stelle seinen politischen Gestaltungsspielraum auszuschöpfen.
Wir sind keine Freunde der bürgerlichen Eigentumsordnung und insofern ist es uns egal wer meint Besitzerin der Flora zu sein.
Wir kennen die Pläne des Senats nicht und haben auch kein Vertrauen in einen Apparat, der uns Spitzel bis in unsere Schlafzimmer schickt. Aktuell zeigt dies der gerade öffentlich gewordene Fall der Polizistin Iris Plate, die sechs Jahre lang im staatlichen Auftrag in unseren Gremien und WG-Küchen saß.
Nur am Rande:
Die Rote Flora hat eine funktionierende Heizung und braucht auch keine anderen Geschenke von der Stiftung.
Wir werden auch weitere 25 Jahre aus eigener Kraft und selbstbestimmt das Gebäude in Schuss halten.
Der Bau und der Kampf gehen weiter!

Plenum der Rote Flora 05.11.2014

Basta Renzi - Stoppt Piano Casa – Solidarität mit den Betroffenen in Mailand

Wir, die Rote Flora in Hamburg, solidarisieren uns mit den in Mailand von Zwangsräumungen Bedrohten und Betroffenen.
Seit Dienstag, dem 18.11.2014 sind insgesamt 200, überwiegend von Familien besetzten Wohnungen in San Siro/Mailand akut räumungsbedroht.
Auf Basis des Piano Casa Gesetzespaket, das die Matteo Renzi-Regierung im März verabschiedet hatte, werden seit einigen Wochen systematisch Zwangsräumungen von besetzten Häusern durchgeführt, die sich im öffentlichen Besitz befinden. Das Gesetzespaket sieht vor, öffentlich verwaltete Gebäude für den freien Immobilienmarkt freizugeben. Weiterhin verbindet es das Vorgehen gegen soziale Bewegungen mit dieser Privatisierung öffentlichen Wohnraumes.
Seit Jahren hat die Kommune Mailand Gebäude, die von der Stadt verwaltet werden, nicht gewartet oder auf andere Art und Weise für deren Erhaltung gesorgt. Weiterhin war das Problem von mangelnden günstigen Wohnraum lange Zeit nicht Bestandteil der städtischen politischen Agenda. So wird jetzt plötzlich versucht, die eigenen politischen Fehler zu kompensieren, indem Konflikte um Wohnraum und das Recht auf Stadt privatisiert werden.
Zum einen, findet im nächsten Jahr in Mailand die EXPO statt. Im Rahmen der Vorbereitungen sind bereits einige Gebäude abgerissen worden, um Infrastruktur zu schaffen oder anderes hinzubauen, was dem einmaligen Prestige der Stadt Mailand in der Zeit der Ausstellung dient.
Zum anderen finden in Mailand bald Kommunal-Wahlen statt, wobei die Lega Nord (Allianz der extremen Rechten) durch rassistische Hetze gegen Geflüchtete und Hetze gegen soziale Bewegungen ein großes Potential an Wählerstimmen hat. Um sich in diesem politischen Klima beweisen zu können, muss sich anscheinend die jetzige Regierung nochmal als Hardliner präsentieren, in der Hoffnung im Lager der Rechten, Wählerstimmen abgreifen zu können.
Gegen jeglichen Protest gegen Zwnagsräumungen wird von den Bullen gewaltsam vorgegangen. Auch nicht-militante Protestaktionen gegen die Räumungen, wie Tauschmärkte und Straßenpicknicks sind von den Bullen angegriffen worden, wobei eine im siebten Monat schwangere Frau ihr ungeborenes Kind verlor. In San Siro gibt es eine starke Selbstorganisation in Nachbarschaftskollektiven und die Proteste dauern an.

Wir sagen Basta! Stoppt Piano Casa!!!
Zeigt euch solidarisch mit den Protesten in Mailand!

Keine Zwangsräumung in Mailand oder anderswo! Die Häuser denen, die sie brauchen

Rote Flora November 2014



RECHT AUF STADT - NEVER MIND THE PAPERS!

Wir sind Refugees im alltäglichen Kampf gegen das schlechte Leben in überfüllten und isolierten Lagern, wir sind Nachbar*innen die sich gegen die Verdrängung aus überteuerten Vierteln wehren, Aktivist*innen die sich ihr Recht auf Stadt zurückerobern. Wir sind organisierte Geflüchtete von „Lampedusa in Hamburg“. Wir sind Gewerkschafter*innen, die wissen, dass wir als Lohnabhängige nur stark sind, wenn wir gemeinsam mit den Beschäftigten mit den schlechtesten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt füreinander einstehen. Wir sind Studierende, die nicht akzeptieren wollen, dass gute Bildung nur etwas für Reiche ist. Wir sind Menschen, die es nicht hinnehmen wollen, dass die unveräußerlichen Menschenrechte für unsere Nachbarin nicht gelten sollen. In unseren Kämpfen schaffen wir das solidarische Hamburg. Wir achten aufeinander, wir werden stärker dadurch, dass wir uns zusammenschließen. Wir wissen - in dieser Stadt ist Platz für Alle – außer für diejenigen, die uns unsere Rechte nehmen wollen, außer für diejenigen, die sich an uns immer nur bereichern wollen.

Im Februar wird in Hamburg gewählt. Zur Wahl stellt sich ein selbst - zufriedener Senat, der glaubt, alles richtig gemacht zu haben. Wir er - heben unsere Stimmen und widersprechen. Wir klagen das Handeln des SPD Senats gegenüber Migrant*innen an. Wir erheben unsere Stimmen und legen unsere Finger in diese Wunde der Hamburger Politik.
„Seit eineinhalb Jahren sind wir, die Geflüchteten der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ Teil dieser Stadt. Wir arbeiten hier, wir wohnen hier, wir organisieren uns hier. Unser Kampf um ein Bleiberecht wird von Tausenden unterstützt. Der Senat ignoriert uns.“
„Wir sind Geflüchtete aus vielen Ländern. Geflüchtet vor Kriegen, geführt auch mit deutschen Waffen, geflüchtet vor vermeidbarem Hunger und Elend. Wir wohnen in Containern und Zelten. Traumatisiert von unseren Erlebnissen sind wir auf engstem Raum untergebracht, ohne Möglichkeit uns zurückzuziehen, angemessener medizinischer Versorgung oder auch nur der Möglichkeit selbst zu kochen. Viele Menschen dieser Stadt helfen uns aus privater Initiative. Der Senat tut so, als wäre er überrascht über unser Kommen und behauptet, alle Möglichkeiten für eine Verbesserung dieser Situation auszuschöpfen. Dabei schafft er nicht mal Mindeststandards. Dabei hat er ganz andere Lösungsinstrumente in der Hand. Wir sind wütend, und wir werden immer mehr, die dagegen protestieren“

WIR ARBEITEN ZUSAMMEN – WIR KÄMPFEN ZUSAMMEN

In dieser Stadt arbeiten wir, die wir deutsche Pässe haben, gemeinsam Seite an Seite mit Menschen für die es schwierig bis un-

möglich ist, eine legale Arbeitserlaubnis zu bekommen. Manche haben ein Arbeitsverbot, als Strafe, weil sie nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken. Manche haben ein generelles Beschäftigungsverbot oder dürfen nur arbeiten, wenn keiner mit deutschem Pass die Arbeit will. Manche werden aber auch gezwungen zu jeder Bedingung zu arbeiten, weil sonst ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Und dann gibt es noch diejenigen, die überhaupt nicht legal arbeiten dürfen, weil sie offiziell gar nicht existieren. So wie diejenigen von uns, die Bleiberecht in einem anderen EU-Staat haben, wo sie nicht leben können, weil es dort keine Arbeit gibt. So wie wir von der Gruppe „Lampedusa in Hamburg". Wir wissen, unter diesen Bedingungen werden wir in die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen gezwungen. Oder in illegalisierte Arbeitsverhältnisse, zu Niedriglöhnen, in Rechtlosigkeit. Wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen herunterziehen, wir wollen nicht den Mindestlohn untergraben. Wir werden dazu gezwungen. Tatsächlich besteht in Hamburg ein Bedarf an zugewanderten Arbeitskräften sowohl für qualifizierte als auch für ungelernte Beschäftigung. Ganze Branchen kalkulieren mit und profitieren von der Ausbeutung schutzloser, illegalisierter Arbeitskräfte. Wessen Interessen vertritt der Senat, wenn er diese Zustände sehenden Auges hinnimmt?

Wir fordern Selbstverständliches, wir fordern Menschenrechte ein:

- Recht auf Arbeit und berufliche Ausbildung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus
- Arbeitserlaubnis für alle hier lebenden Menschen

Recht auf menschenwürdiges Wohnen!
Wir, die wir keine oder schlechte Papiere haben, wegen unserer Hautfarbe oder unserem Namen in kaputten Wohnungen zu überteuerten Mieten wohnen, wenn wir überhaupt eine Wohnung anmieten dürfen. Wir, denen ganz offen ins Gesicht gesagt wird „an Ausländer vermieten wir nicht". Wir finden uns zusammen mit denen, die seit Jahren dagegen kämpfen, durch überteuerte Mieten an den Rand der Stadt gedrängt zu werden. Wir stehen auf einer Seite mit den Wohnungslosen, nicht gegeneinander. Wir alle, die wir gemeinsam unser Recht auf Stadt erkämpfen, wir wissen, dass in dieser Stadt die fetten Profite der Immobilienbesitzer immer vor den Bedürfnissen der Allgemeinheit kommen. Aber Wohnraum ist ein existenzielles Bedürfnis, keine Ware! Ihr, vom Senat, sagt nicht ihr könnt nichts tun. Ihr habt die Möglichkeit, leer stehenden Büroraum in Wohnungen umzuwandeln.

Wir fordern:

- Keine Unterbringung in Lagern. Nicht in Containern, Zelten oder Wohnschiffen, sondern Wohnungen für Alle
- Leerstand zu Wohnraum
- Mehr bezahlbarer Wohnraum

WIR LEBEN HIER – WIR BLEIBEN HIER

Viele von uns, die in dieser Stadt wohnen, arbeiten, leben - sind hier offiziell nur geduldet. Wir müssen von einer Duldungsverlängerung zur nächsten zittern. In Hamburg ein dauerhaftes Bleiberecht zu bekommen ist fast unmöglich. Jetzt, nach den neuen Gesetzesverschärfungen, noch schwieriger. Wir werden in jahrelangen Verfahren „geprüft", die kein Mensch durchschaut. Am Ende steht meist die Aufforderung zur Ausreise, obwohl Hamburg ganz andere rechtliche Möglichkeiten hätte, die aber aus Prinzip nicht ausgeschöpft werden. Das Ganze hat System und zur Folge, dass viele von uns illegal gemacht werden. Illegalisiert zu werden heißt, ohne jeden Anspruch auf soziale Rechte in dieser Stadt leben zu müssen, ausgeschlossen von vielem, was für die meisten Menschen dieser Stadt selbstverständlich ist. Zum Beispiel, dem Recht auf medizinische Behandlung, wenn wir krank werden.

Wir fordern:

- Freier Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle
- Legalisierung des Aufenthalts aller Menschen die hier leben – es ist möglich!
- Das Abschiebesystem abschaffen

Wir Alle, die wir in Hamburg leben, sind Teil dieser Stadt. Unsere Regierung verschließt die Augen vor dieser Realität und nimmt es hin, dass Menschen illegalisiert werden. Menschen die zu jeder Bedingung arbeiten müssen, ausgeschlossen von allen sozialen Rechten. Dieser Senat nimmt es hin, dass Geflüchtete in Zelten leben müssen, in einer reichen Stadt wie dieser. Wir wissen, ihre Ausflüchte, dass sie daran nichts ändern können, sind falsch. Manches Gesetz könnten sie auf höherer Ebene beeinflussen. Vieles liegt direkt in ihrer Hand. Eine gute Unterbringung für Geflüchtete ebenso wie eine Bleiberechtsregelung für Gruppen von Bürgerkriegsflüchtlingen. Lampedusa in Hamburg – they are here to stay! Wir wissen, auch die kommende Wahl wird an der bestehenden schlechten Situation nichts grundlegend ändern. Darum liegt es jetzt an uns. Der Kampf um Anerkennung der Lampedusa-Gruppe zeigt, wie viele Menschen in dieser Stadt mit der Politik des Senats unzufrieden sind und sich wirklich willkommen fühlen möchten. Mit unseren Stimmen machen wir deutlich:

Die Kämpfe um Bleiberecht, für menschenwürdige Unterbringung, für politische und soziale Rechte werden weitergehen.

Eine Politik gegen Migrantinnen wird in Hamburg mit massiven gesellschaftlichen Protesten zu rechnen haben!

Wir kämpfen für eine Stadt, in der alle Menschen, die hier leben, die gleichen Rechte haben



DEMONSTRATION

31. JANUAR 2015
13 UHR
LANDUNGSBRÜCKEN
HAMBURG

In Bewegung kommen ... über die Abgründe der Solidarität

Worum es geht:

Am 27.8.14 wurden im Umfeld eines zuvor besetzten Hauses in der Breite Straße 114 (Hamburg) 5 Personen festgenommen. Das Haus steht seit langem leer und ist umkämpft, dieses mal wurde es „militant“ verteidigt, das heißt es war verbarrikadiert und die Cops wurden mit unterschiedlichen Dingen aus dem Haus heraus beworfen, um eine Räumung zu verhindern. Die unmittelbaren Folgen waren, dass 3 der 5 Festgenommenen zunächst bis zum 31. August in Anschlussgewahrsam waren, während gegen 2 Beschuldigte direkt U-Haft verhängt wurde. Die Vorwürfe gegen alle 5 sind versuchter Totschlag, gefährliche Körperverletzung, schwerer Hausfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

Nach den Terminen zur Haftprüfung (10.09 + 11.09) durfte ein Beschuldigter unter Auflagen den Knast verlassen, der andere (Jakob) ist nach wie vor in U-Haft (-also seit inzwischen über 2 Monaten). Der anhaltende Freiheitsentzug wird in erster Linie mit der Schwere des vorgeworfenen Delikts – versuchter Totschlag – (auf Grund der aus dem Haus geworfenen „Klamotten“) und den für U-Haft üblichen Gründen wie Verdunkelungsgefahr und Fluchtgefahr begründet. In der Untersuchungshaft war/ist Jakob bisher den üblichen Schikanen unterworfen, wie zurückhalten/verzögern der Post, Schwierigkeiten mit der gewünschten bzw. ausgewogenen Ernährung und den in U-Haft erschwerten Besuchsbedingungen.

Im Zuge der bisherigen Ermittlungen ist es zu mehreren Hausdurchsuchungen gekommen und zumindest das Umfeld der Betroffenen wird überwacht.

Wir werden in den folgenden Zeilen versuchen, in einigen Punkten unsere Sicht der Dinge zu schildern. Wir wollen durch unsere kritische Anmerkungen eine Diskussion anstoßen, und einen solidarischen Umgang befördern. Also fühlt Euch gerne in jeglicher Hinsicht provoziert und teilt uns, wie anderen eure Meinung mit. Als Ort für eine zügige Diskussion schlagen wir aus Mangel an Alternativen Indymedia Linksunten und Contrainfo vor, auch wenn wir die Diskussion außerhalb des Internet bevorzugen würden.

Polizei, Stadt/Staat und Medien

Wie in solchen Fällen üblich, spielen sich die Vertreter_innen der unterschiedlichen Institutionen gegenseitig die Bälle zu. Der Polizeiapparat, der das Gewaltmonopol des Staates / der Stadt sicherstellen soll, hat auch in diesem Fall gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft durch ihre gut aufgestellten Presseabteilungen den Ton vorgegeben. Die von den Schergen und der Staatsanwaltschaft verbreitete Wahrheit wurde wie so oft von Politiker_innen (in diesem Fall allen voran die Vertreter_innen der CDU) und den Main-Stream-Medien (– wie so oft reißerisch die Springerpresse) genutzt, um in ihrem Sinne Politik zu machen und ihre Quoten aufzubessern. Für uns gibt es keinen Zweifel daran, dass es für die Beteiligten der Polizei, Medien und Politik einen Sinn ergibt. Durch ihr skrupelloses Handeln wird die eigene Position im kapitalistischen Wertesystem mit Ausübung von Gewalt abgesichert. Besonders hervorgetan haben sich einmal mehr die Sprecher der Polizeigewerkschaft und das Abendblatt, das die „Bösartigkeit“ der Beschuldigten durch deren Vorgeschichten zu untermauern wusste. Wir wollen uns jedoch nicht an den ekligen Details aufhalten, die sich in den Winkelzügen derer verbergen, die das „Recht“ auf die Ausübung von „gerechter“ Gewalt für sich in Anspruch nehmen. Denn viel mehr trifft es uns, wenn Menschen, die für sich in Anspruch nehmen „emanzipatorische“ Politik zu praktizieren, sich öffentlich entsolidarisieren und bestimmte Aktionsformen über andere stellen (Hinz und Kunz). So wurde auch in anderen „Alternativen Medien“, welche für sich in Anspruch nehmen „kritisch“ zu sein, unreflektiert die Pressemitteilung übernommen. Das sollte nicht erst nach den letzten, im Zusammenhang mit dem Angriff auf die Davidwache, von der Presseabteilung der Polizei verbreiteten Lügen, ein absolutes no go sein!

Es ist eine traurige Tatsache, dass es scheinbar in einer der größten sozialen Bewegungen der letzten Jahre (zumindest in dieser Stadt) kaum Menschen gibt, die in den spärlich vorhandenen eigenen Medien die konsequente kämpferische Haltung der Besetzer_innen der Breite Straße verteidigen. So bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung die einseitige Darstellung bestehen. Eine Bewegung, die sich in ihrer eigenen Passivität so einfach vor den Karren derer spannen lässt, die an vielen Stellen diese Menschen verachtende Politik zu verantworten haben, können und wollen wir nicht ernst nehmen. Ihr betteln nach ein paar herab fallenden Brotkrumen widert uns an! Waren es in der Geschichte doch immer wieder diese „gemäßigten“ Manager von Bewegungen, die erst durch eine konsequente militante Praxis zu Ansprechpartner_innen und so indirekt zu Nutznießer_innen wurden. Wären viele der als große Erfolge verkauften Zugeständnisse oder Reformen ohne eine Beteiligung militanter Aktionen zustande gekommen? – Wir denken nein!

Eine miltante Haltung?

(Mi/li/tanz) die;-,-; kämpferisches Auftreten; aggressive Haltung

Ja, die Bullen sind entschlossen militant, besonders wenn es um die Beseitigung anderer Meinungen, Aneignungen oder dem Brechen von Widerstand entschlossener Menschen geht.

Und haben selbstverständlich Tonfa und Pfefferspray mitgebracht, schützen sich durch Panzerung, treten in Marschformation an, setzen den Willen der Politik und der Mächtigen durch, räumen Plätze, Straßen und Häuser, verpassen uns Schläge, Tritte und Pfeffer, schubsen und drehen uns die Gliedmaßen um, fesseln und verhaften uns, haben eben das Gewaltmonopol.

Wer sich dennoch wehrt, leistet Widerstand und wird ein wenig härter in die Mangel genommen und bestraft. Repression ist Abschreckung und reale Bedrohung. Das dokumentieren wir meist, schreien und protestieren, doch selten gibt es den Versuch einer Befreiung oder gar eines Angriffs, bleibt den EA zu informieren...

Wie aber gehen wir mit den Menschen um, die sich einen eigenen Widerstandslevel angeeignet haben oder aneignen wollen? Deren Wut können wir meist verstehen, die Gegenwehr und die Militanz, Beispiele aus der jüngeren Geschichte wie z.B. der Hafenstraße und der Roten Flora sind uns allen bekannt und breit akzeptiert. Der militante Kampf hat so seine besondere Geschichte in der des Widerstandes. Nie gab es eine Einigkeit innerhalb des Widerstandes über den Sinn von Militanz, die Entscheidung liegt immer bei einer_m selbst.

In der Historie gibt es den akzeptierten und häufig bewunderten Kampf der Menschen, die gegen Faschismus, Unterdrükkung, Ausbeutung, Hunger und Elend, Kolonialismus, Militärregimes oder religiöse Fanatiker gekämpft haben und es heute noch tun. (Spanischer Bürgerkrieg, Kobane,...) Sich diesem Kampf anzuschließen ist für uns schwer. Wir sind nicht als Befreiungsbewegung aufgestellt, die ihre Gegner ständig analysiert, die eigene Strategie stetig entwickelt, klare Ziele und Handlungsweisen benennt. Unser Antagonismus findet nicht tagtäglich statt. Wir sind selbst permanent betroffen von den Auswirkungen dieses Systems, unterschätzten häufig seinen zersetzenden Einfluss und verschieben diese Problematik ins Private, statt sie stetig gemeinsam neu zu reflektieren. So wird eine ungewollte Anpassungsfähigkeit erzeugt, die eigene Zurückhaltung befördert und unseine Vielzahl von schmerzlichen Kompromissen abverlangt (Vermieter, Chefs, Ämter, Bullen). Diese erzwungene Akzeptanz vermittelt eine vom System gewollte Ohnmacht, in der unsere militante Haltung eher selten sichtbar und wahrnehmbar für Andere ist. Auch mit dem Wissen, dass erst ein Zusammenwirken der verschiedenen Aktionsformen und die Vielzahl von Handlungsoptionen einen Widerstand stark machen kann (Anti-AKW), fällt es uns schwer, eine konsequente militante Haltung einzunehmen.

Gibt es einen richtige Zeitpunkt zum Eskalieren? Wenn mal wieder ein Skandal zum Himmel schreit, wenn andere unsere Solidarität brauchen oder wenn die Ungerechtigkeiten nicht mehr zum Aushalten sind? Der Kapitalismus eskaliert ständig, entfesselt neue Kriege und giert nach immer neuen Gewinnen auf Kosten der Menschen, der Umwelt und der Natur. Das wissen alle.

Der befreiende Moment des sich Wehrens, der gelegte Hinterhalt und die geplante Gegenwehr sind wichtige Erfahrungen, die Mut machen können. Der Augenblick der Befreiung von selbst auferlegten Fesseln und die Entladung angestauter Wut sind wunderbare Momente, selbst wenn sie nur von verbaler Natur sind. Wo bleibt unser Mut, wo bleiben die Debatten über den richtigen Zeitpunkt, wo machen denn militante Ausdrucksformen und Vorgehensweisen Sinn? Im Häuserkampf haben sich militante Strukturen häufig bewähren können und waren für lange Zeit fester Bestandteil in einer Zielsetzung, nicht nur die Orte zu öffnen, sondern diese auch nicht mehr freiwillig herzugeben.

Eine militante Haltung bleibt immer ein immanenter Teil unseres Selbst. Wir sind alle in der Lage, militant zu agieren, selbst wenn wir es aus politischen oder taktischen Gründen nicht praktizieren.

Beispiel Hausbesetzung Breite Straße

Erschreckt uns wirklich ein Waschbecken, wenn es bei einem Räumungsversuch aus dem Fenster fliegt?
Ist es nicht nur die mediale Macht, mit der aus dem Versuch sich zu wehren eine Tötungsabsicht oder ein Mordversuch konstruiert wird, die uns so irritiert?

Alle Stigmata wurden bedient, ein Aufschrei so in den Medien platziert, dass der Blick auf das Wesentliche verstellt werden konnte. Ist es nicht so, dass wer räumt sich in Gefahr begibt und es wissen sollte. Ein Waschbecken ist nicht wie ein Blitz. Wenn es fliegt, kann Mensch und Bulle zur Seite gehen. Dann bleibt es lediglich ein Akt des Widerstandes, ein Zeit gewinnen, eine Ansage und ein Zeichen. Haben die vielen Hausbesetzungen der letzten Jahre etwa „das sich nicht wehren" zementiert? Es gab und gibt immer noch die vielfältigsten Möglichkeiten Widerstand gegen Räumungsversuche zu leisten und das ist auch verdammt wichtig so. Sie sollten vermehrt auf unseren Widerstand gefasst sein, selbst bei einem ständig ungleichen Kräfteverhältnis. Zu sagen: „bis hierhin und nicht weiter", sich dem entgegen zu stemmen was dich in den Dreck stößt, dich nur als angepassten und gut funktionierenden Menschen gebrauchen kann, das verdient den Respekt und die Unterstützung auf allen Ebenen.

Dafür sitzt einer von uns im Knast, losgelöst von jeglicher Schuldfrage. Keine Verletzten. Keine Beweise. Weil er eine widerständige Haltung vor Gericht eingenommen und somit weder eine Einlassung gemacht noch eine Kooperationbereitschaft mit der Justitz signalisiert hat.

Der juristische Dreck wird uns wie ein Waschbecken um die Ohren geschleudert.

Wir sollten verstärkt darüber nachdenken, warum wir keine Antworten mehr finden auf diese Übermacht, die uns den Arsch versohlen kann, wann immer es ihr passt, die uns ständig demütigt und unser Aufbegehren am liebsten schon im Ansatz erstikken will.

Die Wiederaneignung einer militanten Haltung bedarf der Ermutigung jeder Einzelnen und sollte eingebettet in die Akzeptanz vieler sein. Das geht nur, wenn wir selber bereit sind, uns auferlegte Schranken zu überwinden. Das Thema Besetzungen bietet viele Ansätze, einer ihrer empfindlichsten Punkte wird berührt: die Eigentumsfrage.

Wir sollten es uns zumindest zutrauen, darüber zusprechen und die vielen Optionen erkennen.

Über die Solidarität

Solidarität – Der Begriff nimmt einen zentralen Stellenwert für „emanzipatorische" Bewegungen, Gruppen und Einzelpersonen ein. Aber leider müssen wir zu diesem Anlass einmal mehr beobachten, wie weit die Vorstellungen von gelebter Solidarität auseinander gehen bzw. wie wenig sie aus unserer Sicht vorhanden ist.
Was sagt es über eine „Bewegung - Recht auf Stadt" oder wie immer mensch sie nennen möchte aus, wenn zu Kundgebungen in Solidarität mit den 5 Beschuldigten im Zuge der Breite Straße Besetzung nur knapp 40 Menschen auftauchen?
Eine der traurigsten Vermutungen – mit der wir daher beginnen wollen ist die Folgende: Es scheint eine unreflektierte Medienhörigkeit und ein großes Vertrauen in den „Rechtsstaat" großer Teile dieser sogenannten Bewegung zu geben. Denn auch wenn viele evtl. Probleme mit der gewählten Aktionsform haben sollten (Für uns bei weitem kein Grund für eine Entsolidarisierung!), sind die 5 Beschuldigten noch nicht einmal nach „gut bürgerlichem Recht" in irgendeiner Sache überführt. Sie sind jedoch durch Polizei und Presse taktisch isoliert und vorverurteilt worden. Sich mit der Gesinnungsjustiz auseinanderzusetzen kann dabei helfen, Mensch die Augen zu öffnen. Selbst wenn sie im Laufe des Verfahrens zu einer Strafe verurteilt werden sollten, ist dies weder ein Beweis, dass Sie tatsächlich an einer ihnen zur Last gelegten Sache beteiligt waren, noch ist es ein Grund sich zu entsolidarisieren.

Es sollte doch möglich sein, sich positiv auf die Inhalte einer Aktion zu beziehen, auch wenn mensch Kritik an der Umsetzung hat. Eine solidarische Diskussion über unterschiedliche Positionen, Strategien, Wahl der Mittel, ... in einem bewegungs-internen Rahmen sollte damit natürlich weder ausgeschlossen noch unterbunden werden. Aus unserer Sicht kann eine Selbstermächtigung gegen die von System ausgehende Gewalt nur banal erscheinen. Das wann/wo/wie bekommt jedoch eine besondere Bedeutung, wenn sie Menschen aus „unserer" Bewegung betrifft, die sich in der Situation befin-

den, der Freiheit beraubt und dadurch der härtesten Repression ausgeliefert zu sein, die dieser Staat zu bieten hat.

Gerade ist konkret ein Mensch von dieser Repression betroffen und somit auf unsere praktische Unterstützung angewiesen. Neben der praktischen Unterstützung dürfte es erfahrungsgemäß extrem wichtig sein, dass die Inhalte die hinter der vorgeworfenen Aktion stehen weiter vorangetrieben werden und es eine moralische Unterstützung gibt. Abgesehen von der rein praktischen Unterstützung, welche in diesem Fall einigermaßen durch vorhandene Anti-Rep.-Strukturen aufgefangen wird, fehlt es an den für eine moralische Unterstützung elementaren Aktionen und öffentlichen Solidaritätsbekundungen. Das ist traurig, denn diese ermöglichen es den Menschen, sich weiterhin als Teil eines Kampfes / einer Bewegung zu fühlen und sich dem Repressionsapperat / Knastsystem entgegenzustellen.

Es sollte nie aus den Augen verloren werden, dass von einer vorhandenen/ nicht vorhandenen Solidarität nicht nur die direkt mit Repression konfrontierten Menschen betroffen sind. So liegt es auf der Hand, dass durch die extremen Vorwürfe nicht nur die 5 Betroffenen eingeschüchtert und evtl. von weiterem Engagement abgehalten werden, sondern sich auch viele andere von ähnlichen Aktionen oder dem Zeigen von Solidarität mit den Betroffenen abhalten lassen. Uns ist klar, dass diese Ängste nicht unberechtigt und /oder nachvollziehbar sind und finden eine Diskussion darüber begrüßenswert – möchten aber noch einmal unterstreichen, dass wir es für fatal halten, wenn es im Zusammenhang mit der Repression zu Vereinzelung, Sprach- und Tatenlosigkeit kommt.

Repression sollte nicht die Aufgabe von Spezialist_innen sein, sondern von Menschen, die politisch aktiv sind als mögliche Konsequenz ihres Handelns mitgedacht werden. Das Delegieren aller Verantwortung an Gruppen wie EA, Rote Hilfe, etc. kann keine ernsthafte Option darstellen, da jede und jeder selbst ihre / seine Haltung im Umgang mit der Repression finden muss. Im Fall einer größeren Auseinandersetzung mit dem Staat werden die klassischen Anti-Rep-Strukturen nicht inder Lage sein für alle da zu sein. Wir denken, dass es Sinn macht, auf Erfahrungswerte anderer zurückzugreifen, gleichzeitig jedoch stets selbstbestimmt und aktiv die eigene Antirepressionstrategie mitzugestalten. Also überlegen sich im besten Fall die von Repression Betroffenen gemeinsam mit einem Kreis von vertrauten Menschen auf einer gleichberechtigten Ebene wie die Strategie im jeweiligen Fall aussehen soll und kümmern sich um das Beschaffen fehlender Informationen und einen juristischen Beistand wenn das der Fall erfordert.

Nicht zuletzt möchten wir darauf hinweisen, dass es vielleicht aus unterschiedlichen Gesichtspunkten heraus nachvollziehbar ist, wenn das direkte Umfeld von Betroffenen und die Zugehörigkeit zu einer gewissen Szene einen großen Anteil an der Größe und Stärke bei der Mobilisierungen im Zusammenhang mit Repression haben – wir jedoch denken, dass wir solche Mechanismen bewusst hinterfragen sollten, wenn wir darauf aus sind, den uns vorgegebenen Rahmen zu sprengen. Es macht den Anschein, dass Solidarität viel zu häufig daran festgemacht wird, ob sich die / der Betroffene im eigenen Teilbereichskampf engagiert. Unserer Meinung nach sollte sich spektrenübergreifend zur Seite gestanden werden um der Repression, die in diesem System angelegt ist, etwas entgegen zu setzen. Wenn unser Ziel ist, dieses System der Unterdrückung zu überwinden und uns nicht im symbolischen Geplänkel zu verfangen, werden wir früher oder später unabhängig von der gewählten Aktionsform und unserem sozialen Status von Repression betroffen sein. Wir werden dieser nur effektiv begegnen können, wenn wir uns nicht einschüchtern lassen und unsere Ideen mit Worten und Taten weiterführen. Für eine revolutionäre Solidarität!

Was kann getan werden?

Unserer Meinung nach besteht eine enorme Notwendigkeit jegliche Art von Aktionen zu befördern, welche das Aneignen von Räumen für unsere Zwecke fortsetzt und politisch verteidigt. Sich leere Häuser und Büros anzueignen um in diesen weitere Versuche für gute und notwendige gemeinschaftliche Strukturen zu starten, Obdachlosen Räume anbieten, Flüchtigen weiter helfen zukönnen (Refugee-Welcome-Center), mit selbst verwalteten Angeboten zu mehr Bildung und besserem Essen beizutragen, nachhaltige und ökologische Ansätze zu verfolgen und natürlich die Eigentumsverhältnisse zum Wanken zu bringen sind doch Gründe genug.

Es sollte eine Öffentlichkeit auf allen Ebenen geschaffen werden, bei der natürlich die Haltung der Betroffenen selbst eine Berücksichtigung findet. Alle Aktionen die sich mit einem selbst gewählten Charakter gegen die Kriminalisierung von Hausbesetzungen richten und selbst nur am Rande solidarisch mit der Breite Straße sind, machen Sinn.

Nach Möglichkeit sollte es eine inhaltliche Auseinandersetzung der unterschiedlichen Soli-Kreise geben, um auszuloten an welchen Punkten es evtl. möglich ist Forderungen/Aussagen so zu formulieren, dass sie sich nicht gegenseitig in Frage stellen oder ad absurdum führen. Sollte das aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich sein, würden wir es begrüßen, wenn es eine nach aussen hin klar erkennbare Trennung der Soli-Kreise gibt, um es Menschen zu ermöglichen, sich an Dingen zu beteiligen, die sie als inhaltlich ansprechend / unterstützenswert empfinden.

Zum Beispiel könnte es geben:

- Inhaltliche Veranstaltungen, die das Thema Besetzungen/Militanz thematisieren und eine Öffentlichkeit für den Fall schaffen.
- Diskussionsveranstaltungen, die sich damit beschäftigen wie Solidarität gelebt/organisiert werden kann.
- Treffen organisieren, auf denen auch Menschen, die sich nicht in den ortsansässigen Anti-Rep-Strukturen organisieren, sich an den praktischen Dingen wie Briefen schreiben, Transparente malen, Flyer verteilen, … beteiligen können.
- Solidaritätspartys/Konzerte/etc. organisieren, um Kohle für die von Repression Betroffenen zu sammeln und eine größere Öffentlichkeit zu schaffen.
- In den eigenen Medien auf den Fall einen Bezug zu nehmen und sich an einer Diskussion um eine Soliarbeit und der Frage nach Militanz zu beteiligen.

Zuletzt – sollten nicht in der ganzen Stadt Parolen stehen wie: Freiheit für Jakob! Für mehr Hausbesetzungen! Schluss mit der Repression gegen die Besetzer_innen! ?

Einige Menschen in Solidarität

Breite Straße – Wie mit den Ermittlungen umgehen?

Zum Spannungsfeld zwischen dem Schweigen zu Tatvorwürfen und der kritischen Auseinandersetzung mit Positionen und Aktionen

Wir gehen nicht unter in den Kämpfen, die wir führen, sondern in denen den wir uns nicht stellen. Ähnliches könnte für Debatten um konkrete politische Aktionen gelten. Doch wie über Vorfälle sprechen, sich positionieren, wenn Schweigen das Gebot der Stunde ist? Die vehemente Aufforderung, konsequent die Aussage zu verweigern, steht immer wieder in der Kritik, Debatten zu verhindern, Maulkörbe zu verpassen und schweigender Vereinzelung Vorschub zu leisten. Diese Kritik soll hier aufgegriffen und anhand der konkreten Situation um die Besetzung in der Breite Straße erläutert werden.

Aktuell wird in Bezug auf die Besetzung vom 27.08. in der Breite Straße ermittelt. Gegen bisher sechs Beschuldigte wird in noch nicht absehbarer Zeit Anklage erhoben, Jakob S. sitzt auf Hahnöfersand in U-Haft. In der Presse wurde von einem fliegenden Waschbecken und einem Heizkörper, Türen und Dachlatten berichtet (Mopo); die Tatvorwürfe des gemeinschaftlichen versuchten Totschlages, der gefährlichen Körperverletzung, des Hausfriedensbruchs und des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte wurden erhoben. Das bietet viel Raum für Spekulationen und dem Bedürfnis nach Auseinandersetzung und solidarischem Handeln.

Warum Schweigen?

Dicht halten bedeutet, nicht über die Geschehnisse des Abends zu sprechen - egal in welchem Kontext und in welcher Situation. Bei dieser Aufforderung geht es uns darum, von Ermittlungen Betroffene weitgehend zu schützen und den Ermittlungsbehörden ihre Arbeit so schwer wie möglich zu machen. Es ist nicht abschätzbar, wie breit ermittelt wird, welche Gesprächsinhalte für Cops von Interesse sind und wer alles noch zum Ziel von Ermittlungen werden könnte. Beispielsweise hat sich aufgrund der Ermittlungen der Kreis von fünf auf sechs Beschuldigte bereits erweitert und es ist nicht absehbar, ob und wie viele noch dazu kommen werden. Schweigen ist daher das einzig schlagkräftige Mittel, den Ermittlungstaktiken der Polizei etwas entgegenzusetzen.

Mediale „Wahrheiten" als Unterstützung der Repressionsorgane

Um die Anforderung dicht zu haltenerfüllen zu können, ist ein kritischer Umgang mit vermeintlichen Informationen notwendig. Über eigene Eindrücke, die Berichterstattung der Medien und eingestellte Videos bei youtube (z.B. Berichterstattung auf Hamburg1) meint mensch, ein genaues Bild der Geschehnisse des Abends zu haben. All dies zum jetzigen Zeitpunkt als Grundlage für Auseinandersetzungen zu nehmen birgt Gefahren. Ermittlungsbehörden nehmen jegliche Äußerung – dazu können auch Spekulationen gehören – um Vermutungen zu untermauern und gegen Beschuldigte zu verwenden. Wer im Fokus der Überwachung steht, ist dabei völlig unklar. Es kann jede_n treffen, auch ohne, dass die Person dies selber mitbekommt.

Auch Sachverhalte, die durch Medien verbreitet werden und damit als öffentlich zugängliche und abgesicherte Informationen gelten, erfordern einen vorsichtigen Umgang. So zeigt beispielsweise die Berichterstattung über einen angeblichen Angriff auf die Davidwache am 28.12.2013 deutlich, wie durch gezielte mediale Desinformation politische Stimmungsmache betrieben wird. Darüber hinaus erfahren Maßnahmen der Repressionsorgane dadurch öffentliche Unterstützung, aber auch innerlinke Debatten über Verhältnismäßig- und Sinnhaftigkeit von Mitteln werden angestoßen. (vgl. Presseerklärung Beuth: http://florableibt.blogsport.de/2014/01/05/pressemitteilung-zum-polizeilich-inszenierten-angriff-auf-die-davidwache/). Sowohl durch Ermittlungen als auch durch Medien werden „Wahrheiten" produziert, die faktisch zu hinterfragen und politisch abzulehnen sind.

Debatten – ja, aber keine Ermittlungshilfe

Sicherlich bietet die Besetzung der Breite Straße vom 27.8. jede Menge Anlass für Auseinandersetzungen über die Legitimität und Sinnhaftigkeit von militanten Mitteln, Vorbereitung und Durchführung von Aktionen. Solche Auseinandersetzungen sind aus unserer Perspektive nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig. Debatten tragen zur politischen Handlungsfähigkeit bei und können diese mit Inhalten unterfüttern. Bereits gelaufene Aktionen bieten Möglichkeiten kritischer Reflexion und Anlass auf deren Basis die eigene Praxis zu überprüfen.
Zu bedenken sind dabei der Zeitpunkt, der Grad der Öffentlichkeit und die konkreten Inhalte. In Bezug auf die Auseinandersetzungen um die Breite Straße bedeutet dies, kritische Debatten entweder nicht während des laufenden Verfahrens zu führen, oder von den konkreten Ereignissen loszulösen. Das heißt, auch in als sicher empfundenen Zusammenhängen keinen direkten Bezug zu Beschuldigten, Tatvorwürfen und vermeintlichen Fakten herzustellen. Dies gilt auch für die Nutzung sozialer Medien wie Facebook und Twitter. Diese bieten zwar die Möglichkeit, auf einfachem Wege



viele Menschen schnell zu erreichen. Bei der Nutzung muss mensch sich aber darüber im Klaren sein, dass hiermit Verbreitungswege aus der Hand gegeben und leicht abrufbare Informationen über Zusammenhänge und Verbindungen erzeugt werden. Informationen bleiben unwiderruflich im Internet erhalten und werden in der Ermittlung von Cops genutzt. (zur Kritik an Facebook und Co: http://aussageverweigerung.blogsport.de/images/plapperntext.pdf)

Lasst uns reden – über Häuserkampf und Solidaritätsarbeit

Bei aller Aufforderung und Notwendigkeit, dicht zu halten, geht es nicht darum, in Passivität und Sprachlosigkeit zu verfallen. Stattdessen ist es wichtig und notwendig, sich klar zu positionieren und kritisch solidarisch zu verhalten.

Repression, die – wie im aktuellen Fall – durch harte Tatvorwürfe Besetzung als politische Praxis kriminalisiert, stellt den Versuch dar, dieser die Legitimation und Solidarität zu entziehen. Dem gilt es entschlossen entgegenzutreten und dies deutlich wahrnehmbar zu äußern. Hierbei geht es darum, bürgerlichen Medien und Repressionsorganen nicht die alleinige Deutungshoheit zu überlassen.

In rechtsstaatlicher Logik stellt Repression die Antwort auf Versuche, bestehende Verhältnisse anzugreifen, dar. Dem wollen wir uns entgegenstellen, indem wir politische Praxis verteidigen und Repression angreifen. Es geht dabei nicht um individuelle Handlungen Einzelner, sondern darum, Häuserkampf als emanzipatorisches Anliegen zu thematisieren. Aus unserer Sicht sollte die Auseinandersetzung um Repression sich nicht auf Schuld- oder Unschuldsvermutungen stützen, da strafrechtliche Kategorien kein geeigneter Maßstab für politische Auseinandersetzungen sind. Vielmehr geht es uns darum, Knast und andere Repressionsmittel als illegitim zu verurteilen und anzugreifen.

Gezielte Unterstützung in Form von Briefen, Kundgebungen (auch in Hörweite des Knastes), Geld, Solitransparente, solidarische Aktionen etc. füllt Parolen wie „Getroffen hat es wenige, gemeint sind wir alle!" mit Inhalt und stellt den Versuch dar, Vereinzelung in der Repressionssituation etwas entgegenzusetzen. Gebt den Beschuldigten das Gefühl nicht alleine zu sein! Informationen und Kontaktmöglichkeiten hierzu findet ihr auf http://breitesoli.noblogs.org.

Ermittlungsausschuss Hamburg,
Rote Hilfe Ortsgruppe Hamburg

#2112HH- fast ein Jahr danach Der Kontext politischen Handelns

Diese Zeilen sollen als Grundlage für eine längerfristige Diskussion betrachtet und benutzt werden.Sie sind als Ergänzend zu sehen,bezugnehmend auf die letzten Monate,als das hier bei Linksunten,Indymedia,der Szenezeitung aus Berlin "Interim"und dem autonomen Sprachrohr aus Hamburg "Zeck" bereits Papiere kursieren,die sich als eine Art "aktuelle Bestandsaufnahme"der autonomen Szene in Deutschland verstehen.
Wir wünschen uns eine offene,ehrliche ,langfristige Auseinandersetzung, mit dem Ziel von "der Theorie zu einer Praxis" zu gelangen,die im Jahr 2015 und darüber hinaus Bestand haben kann bzw. muß!
Wir schlagen als Diskussionsplattform folgende Wege vor:
Linksunten, Interim e.V./Gneisenaustrasse 2a/10999 Berlin, Zeck c/o Buchladen Schwarzmarkt/Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg vor. (Bei der Zeck aus Hamburg ist zu beachten, das die Beiträge oder Artikel bereits am 20ten des Vormonates der Redaktion vorliegen müßen. Diesbezüglich wird gewünscht, daß alles als CD oder Textdatei mit dazugehörigem Ausdruck vorzuliegen hat.
Eine subversive, kämpferische Winterzeit wünscht "Gruppe Theorie zur Praxis:

Der Kontext politischen Handelns

Wenn wir im vorliegenden Text auf die politikdeterminierenden aktuellen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik blicken, dann geschieht dies vor dem Hintergrund des gescheiterten Versuchs einer szeneinternen Diskussion derselben im Anschluss an 2112.
Die Ereignisse im Dezember letzten Jahres wollten wir zum Anlass nehmen, um mit verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen die Verfasstheit der autonomen Bewegung maßgeblich unter dem Aspekt der Zusammenarbeit jüngerer und älterer Politikgenerationen und viel mehr noch des Nichwissens umeinander zu analysieren.
Vielleicht haben wir die falschen Fragen aufgeworfen, vielleicht bestand kein Interesse. Wir wissen es nicht.
Was bei den wenigen Treffen, und das finden wir einer Untersuchung wert, immer wieder thematisiert wurde, waren die Lebensverhältnisse unter denen sich autonome Politik heutzutage entwickeln kann. Als hemmende Faktoren wurden u.a. fordernde Studien- und Arbeitsbedingungen, Abbau von Standards in der sozialstaatlichen (Grund)versorgung und eine fortschreitende repressive innenpolitische Formierung, die ihren Ausdruck z.B.in Gefahrengebieten und Strafverfolgung findet, benannt.
Diskussionslinien dieser Art finden sich oftmals in verschiedenen Kontexten wiederkehrend als zumindest dominierende, wenn nicht sogar alleinige, Variante zur Erklärung sich verändernder Handlungsspielräume.
Dies erscheint aus mindestens zwei Gründen problematisch: Zum einen wird dabei, willentlich oder nicht, die eigene Rolle in diesem Prozess, also die in fast allen vorstellbaren und tatsächlichen Fällen vorhandene Verantwortung für das eigene Handeln verschwiegen, zum anderen die gesellschaftliche Verhältnisse in einer Art und Weise analysiert, die mehr über die soziale und politische Strukturiertheit der Analyse und vor allen Dingen der Analysierenden aussagt, als über den Analysegegenstand. Will meinen, eine Reflexion über den eigenen Standpunkt findet nur insofern statt, als diese ebensolchen lediglich benennt, anstatt ihn zu problematisieren.
Das Verständnis der herrschenden Verhältnisse bleibt dadurch auf einer theoretisch unzureichenden Ebene und führt in der Praxis zur Bedeutungslosigkeit.
Das Sich-ins-Verhältnis-setzen zur eigenen Position in einem der reichsten Länder der Erde, zur Bedingtheit des eigenen Denkens und Handelns ist allerdings alternativlos und der Schlüssel zu einem wirklich umfassenden Politikverständnis.

Historisch bertrachtet geht es den Menschen in den westlichen Ländern ökonomisch, sozial und politisch so gut wie nie.
Wir können nicht erkennen, dass, obwohl gängige linke Analysen etwas anderes behaupten, es den Menschen schlechter geht als vor zwanzig, dreißig oder hundert Jahren. Dadurch erscheint es geradezu vermessen, die eigene Lethargie an vorgeblich sich verschlechternden Lebensbedingungen festzumachen.
Um nicht missverstanden zu werden: Uns geht es nicht darum zu behaupten, den Menschen müsste es schlechter gehen, damit sie im emanzipatorischen Sinne politisch aktiv werden. Gerade in Deutschland, das zeigt nicht nur die Geschichte, lohnt es sich nicht, darauf zu hoffen. Vielmehr geht es darum, uns zum Ausgangspunkt der Erklärung unseres Handelns zu machen.
Dass Menschen, die mit einem autonomen Politikverständnis aktiv sind, oftmals aus einem privilegierten Kontext heraus handeln, ist eine Binsenweisheit. Dort, wo (politische) Bildung durch die soziale Herkunft vorgezeichnet ist, dort, wo szeneinterne Codes wie Style und Kultur gekauft, d.h. aufgrund einer vorhandenen finanziellen Basis konsumiert werden können, dort, wo die individuelle Zukunft durch die Elterngeneration und privatwirtschaftliche und/oder staatliche Vorsorge abgesichert ist, dort ergibt sich keine Notwendigkeit politischer Teilhabe.
So ergeben sich für linkradikalen Aktivismus eine Vielzahl von Stellverter_innen-Kämpfen.
Solche sind moralisch hoch anzuerkennen, politisch fußen sie hingegen auf gravierende Fehleinschätzungen.
Es ist eben etwas anderes, ob mensch politisch handeln muss oder ob sie_er politisch handeln kann.
Wir können es uns, nicht nur in ökonomischer Hinsicht, leisten, politisch aktiv zu sein. Demzufolge macht es auf persönlicher Ebene keinen Unterschied, ob mensch tatsächlich aktiv ist oder nicht. Die nächste Demo, die nächste Soliparty verkommt so schnell zu einem Ort sozialer und kultureller Selbstvergewisserung, steht aber politisch unvermittelt im gesellschaftlichen Raum, der wiederum von Fragen dominiert wird, auf die wir keine Antworten haben. Zumindest keine Antworten, die außerhalb unserer Strukturen irgendjemanden interessieren.
Die Benennung der eigenen priviligierten Position sowohl in Bezug auf die hiesigen gesellschaftlichen Verhälnisse als auch im internationalen Kontext bleibt so lange auf allen Ebenen wirkungslos, die nicht der eigenen Identitätssicherung dienen, wie sie den formelhaften Charakter einer Veränderbarkeit propagierenden, im politischen wie sozialen Alltag aber nicht gelebten Utopie beibehält.
Dabei wäre diese Benennung, so sie denn kritisch eben mit uns selbst erfolgt, der erste Schritt zu einer linksradikalen Theoriebildung mit der Chance zumindest in autonomen Strukturen auf Widerhall zu stoßen. Nur, was ist, wenn wir uns Veränderung als irgendwann gelebte Realität selbst nicht vorstellen können oder eine solche Veränderung gar nicht wollen, da sie zu Verhältnissen führen kann, die unkomfortabler sind als die herrschenden?
Die Kritik an den bestehenden Verhältnissen kann um so radikaler ausfallen, je unwahrscheinlicher die Überwindung des Systems erscheint. Wir wollen hier nicht behaupten, dass eine besitzstandswahrende Strategie dahinter steht, die in einem linksradikalen Gewand daherkommt, möchten aber dazu anregen, die Konsequenzen der eigenen Positionen mitzudenken. Wie sieht die befreite Gesellschaft konkret aus, was bedeutet das für unser Zusammenleben im Vergleich zur jetzigen Situation? Für uns ist die Bereitschaft zur bewussten, zumindest temporären, Aufgabe gewohnter individueller Privilegien, die zwar nicht lebensnotwendig sind, an deren Existenz wir uns jedoch so schön gewöhnt haben, eine zwar notwendige Voraussetzung zu linksradikaler Praxis, wissen aber gleichzeitig, dass dies jeder_jedem Einzelnen viel abverlangt.
Die soziale Positionierung autonomer Aktivist_innen hat zu einem verqueren Leistungsverständnis geführt, wird doch Leistungsverweigerung im Kapitalismus als politischer Akt verklärt, ohne sich gewahr zu werden, dass ein selbstbestimmtes, herrschaftsfreies Leben ohne strukturierende (Herrschafts-)Strukturen eine viel höhere Leistungsbereitschaft verlangt als das Leben in einer von Verantwortungsdelegation geprägten Gesellschaft.
Die Grenzen zwischen Arbeit, die dann keine Lohnarbeit mehr ist, und Nicht-Arbeit werden verschwimmen, müssen aber in der Hinsicht klarer gezogen werden, dass gesellschaftlich notwendige Arbeit ein bestimmender Teil des Alltags sein wird. Arbeit, die evtl. mehr Disziplin verlangt als jene, die heutzutage unter kapitalistisch geprägten Bedingungen geleistet wird.
Die fehlende Leistungsbereitschaft geht einher mit Beliebigkeit und Verantwortungslosigkeit. Gruppen kommen, Gruppen gehen, Kampagnen verschwinden im politischen Niemandsland und hektischer Aktivismus bei schnell wechselnden Themen verebbt bei der nächsten Sturmflut im persönlichen Wasserglas.
Niemand, außer uns selbst, kann uns daran hindern, für unsere politischen Ideale einzustehen. Linksradikaler Aktivismus muss auf sich stetig verändernde soziale und politische Bedingungen reagieren. Und zwar nicht nur mit begleitender Analyse und Perspektiventwicklung, sondern ebenso in einer aktiven, nach Veränderung strebenden Art und Weise, die eine angemessene Antwort auf die gesellschaftlichen Verhältnisse liefert und gleichzzeitig unserem Selbstverständnis entspricht.
Genau an dieser Stelle besteht wohl die größte Herausforderung, da dieses Selbstverständnis zu großen Teilen zeitlos ist, also für eine Utopie steht, die unabhängig von dem, was gerade abgeht, ihre Berechtigung hat.
Hier zeigt sich dann im politischen Alltag das größte Konfliktpotential mit denen, die an der Stabilisierung und Aufrechterhaltung von Unterdrückungsverhältnissen arbeiten.
Die Konsequenz daraus sollte nicht Resignation oder Integration sein, sondern eine deutliche Positionierung in Theorie und Praxis. Freiräume sind auch für uns vorhanden. Sicher nicht so, wie wir sie uns im Idealfall vorstellen, aber immerhin in einer Form, die politische Arbeit möglich macht.
Menschen in anderen Ländern müssen nicht nur in katastrophalen Verhältnissen leben, sondern stehen oftmals unter einem enormen repressiven Druck.
Im Vergleich dazu erscheint unsere Situation äußerst komfortabel. Wir leiten daraus auch eine Verantwortung gegenüber diesen Menschen ab.
Alles, was uns fehlt, ist nicht allein die Solidarität, wie eine manchmal auf Demos sogar noch gespielte Politband in den 1970er Jahren sang, sondern Kontinuität als beharrliches Arbeiten an unseren Zielen.

Gruppe "Theorie zur Praxis"

AUFRUF: 18. März 2015: Transnationale Aktionen gegen die EZB-Eröffnungsfeier – Let's Take Over The Party!

Am 18. März 2015 will die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main ihr neues Hauptquartier eröffnen. Für den 185 Meter hohen Zwillingsturm, der mit seinem Sicherheitszaun und Burggraben einer Festung gleicht, wurde die schwindelerregende Summe von 1,3 Milliarden Euro ausgegeben. Diese einschüchternde Architektur der Macht zeigt deutlich die Distanz zwischen den politischen und ökonomischen Eliten und den Menschen.

Die Mitarbeiter_innen und Abteilungen haben schon mit dem Umzug in das neue Gebäude begonnen. Aber die große Eröffnungsfeier – in Anwesenheit von mehreren europäischen Staatschefs und Finanzoligarchen – ist jetzt offiziell für den 18. März angekündigt worden.

Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung! Tausende von wütenden Menschen und entschlossenen Aktivist_innen aus ganz Europa werden daher die Straßen rund um den Eurotower blockieren und dieses Event der Macht und des Kapitals unterbrechen – passenderweise am 144. Jahrestag der Commune von Paris. Wir werden ihre Party übernehmen und sie verwandeln in einen Ausdruck des transnationalen Widerstands gegen die europäische Krisenpolitik und gegen deren katastrophale Konsequenzen besonders für die Menschen im europäischen Süden.

Die EZB spielt eine wichtige Rolle in der berüchtigten Troika. Sie ist verantwortlich für brutale Kürzungen, für wachsende Erwerbslosigkeit und sogar für den Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung in Griechenland und anderen EU-Staaten. Zusammen mit der EU-Kommission und dem EU-Rat hat die EZB Sparpolitik, Privatisierung und Prekarisierung gefördert. Sie hat nicht einmal davor zurück geschreckt, gewählte Regierungen zu erpressen, um ihre Angriffe auf die sozialen Rechte der Menschen durchzusetzen.

Im Verlauf der Krise wurde aus der EU mehr und mehr ein autoritäres Regime mit einem offensichtlichen Mangel an demokratischer Partizipation. Das mörderische europäische Grenzregime und die fortschreitende Militarisierung sind ebenfalls Teil dieses Prozesses.

Sie repräsentieren uns nicht, ja sie wollen uns gar nicht mehr repräsentieren! Die herrschenden Eliten haben uns nichts mehr anzubieten. Aber aus vielen Quellen entstehen dagegen neue Kräfte und es ist unsere gemeinsame Aufgabe, Solidarität und Demokratie von unten aufzubauen. Sie wollen Kapitalismus ohne Demokratie, wir wollen Demokratie ohne Kapitalismus!

Gleichzeitig müssen wir besonders wachsam sein für die Gefahren des wachsenden Rassismus und dem Aufstieg der extremen Rechten, diesen hässlichen Nebenprodukten der kapitalistischen Krise. Während es die Absicht der Rechten ist, sowohl die Außengrenzen zu verstärken als auch neue Grenzen innerhalb Europas zu errichten, wollen wir im Gegenteil die Mauern der Festung Europas einreißen.

Es ist zwar richtig, dass es gegenwärtig keine ständigen Krisengipfel mit auslaufenden Deadlines für die Rettung des Euro oder der Kreditfähigkeit einzelner Mitgliedsstaaten mehr gibt. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Krise überwunden wäre. In einigen Ländern ist die Zeit der Schockstrategie noch längst nicht vorbei und neue massive Spar- und Kürzungsprogramme sollen durchgesetzt werden. In anderen Ländern haben wir es mit einer neuen Normalität von Unsicherheit und Armut zu tun. In jedem Fall ist klar geworden, dass die Maßnahmen der Krisenpolitik niemals als vorübergehend gedacht waren, sondern fest in den Staaten und den EU-Institutionen verankert wurden. Das hat den Weg bereitet für eine neue Phase, ein neues Gesellschaftsmodell von Prekarität und sehr eingeschränkten sozialen Rechten. Daran werden wir uns jedoch niemals gewöhnen!

Deutschland ist eine der treibenden Kräfte hinter dieser Spar- und Austeritätspolitik. Es ist gewissermaßen das Herz der Bestie und das relativ ruhige Auge des Sturms zugleich. Aber auch in Deutschland existieren Angriffe auf soziale Rechte, gibt es wachsende Prekarität und Armut. Daher gibt es für die Menschen in Deutschland viele gute Gründe sich zu wehren und aufzustehen für ein würdiges Leben, für gleiche Rechte und für reale Demokratie für alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder Nationalität. Die Aktionen gegen die EZB-Eröffnungsfeier in Frankfurt werden eine perfekte Gelegenheit sein, Seite an Seite mit vielen Aktivist_innen aus anderen Ländern ein unmissverständliches Zeichen der Solidarität zu setzen.

Aus allen diesen Gründen rufen wir zu einer starken internationalen Beteiligung an den Aktionen am 18. März 2015 in Frankfurt auf. Es wird nicht nur eine ungehorsame Massenaktion am Tag der EZB-Eröffnung geben, sondern eine Vielzahl von Demonstrationen, Blockaden und anderen Aktionen darum herum. Die großen Blockupy Aktionen 2012 und 2013 waren nur der Anfang. Der Protest und der Widerstand werden nach Frankfurt zurückkehren – stärker in der Zahl und in der Entschlossenheit als zuvor!

Wer sind wir?

Wir sind verschiedene Aktivist_innen aus sozialen Bewegungen, Globalisierungskritiker_innen, Migrant_innen, Erwerbslose, prekäre und industrielle Arbeiter_innen, Parteimitglieder und Gewerkschafter_innen und viele mehr aus vielen europäischen Ländern. Wir wollen unsere Kämpfe und unsere Kräfte über Staatengrenzen hinweg verbinden. Zusammen wollen wir eine gemeinsame europäische Bewegung schaffen, einig in ihrer Vielfalt, die die Macht der Austeritätspolitik überwinden kann und damit beginnt, Demokratie und Solidarität von unten aufzubauen. Blockupy und die Aktionen in Frankfurt sind nur ein Schritt auf diesem Weg…



B okkupy-Aktionstage im November

G7 Elmau: 7. + 8. Juni 2015

Da bisher wenig von den Vorbereitungen für den G8/G7 Gipfel vom 7. bis 8. Juni 2015 in Elmau bis zu uns in den Norden gedrungen ist, haben wir hier exclusiv für die Zeck einige Aspekte aus den letzten Newslettern und der Aktionskonferenz im Dezember zusammengestellt. Newsletter und Aktionskonferenz sind Initiativen des Bündnisses „Stop G7 Elmau", das sich aus verschiedenen Organisationen, NGO und Einzelpersonen zusammensetzt. Den Aufruf des Bündnisses fügen wir ebenso hinzu, wie einen offenen Brief der Campgruppe. Außerdem haben wir mit „make capitalism history" noch einen anonymen Aufruf zum G7/8 gefunden

Interessant sind auch folgende Termine:
G7-Außenministertreffen: 14.-15. April in Lübeck
G7-Energieministertreffen: 11.-12. Mai in Hamburg
G7-Wirtschaftsministertreffen: 27.-29. Mai in Dresden

Mittlerweile gibt es Mailinglisten über aktuelle Entwicklungen, Berichte aus den Arbeitskreisen und Ankündigungen von Veranstaltungen, die über die Homepage des o.g. Bündnisses zu erreichen sind.
http://stop-g7-elmau.info/information/lists/
Leider ist die Internetseite immer wieder nicht erreichbar. Aber dort sollten sich auch der Aufruf in neuer Version und in verschiedenen Sprachen befinden.

Bisher steht folgende Planung von Seiten des Protestbündnisses im Raum:
Camp- und Aktionszeitraum: 4. - 8. Juni
Alternativgipfel/Kongress: 4. Juni, München
Großdemo, vermutl. 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen
Sternmarsch nach Elmau vermutl. am 7. Juni

Das Innenministerium hat sich bereits einige Gedenken gemacht und sie auf der Tagung des Innenausschusses im Bayerischen Landtag und auf einer Bürgerinformation im Garmischer Kongresshaus verlautbart. Explizit nicht zur Abschreckung jedoch zur Information listen wir hier die Stichpunkte aus dem Newsletter des Bündnisses "Stop G7 Elmau" Ende November dazu auf.

„hier die wichtigsten Aussagen, die das Bündnis betreffen, in der Wortwahl der Redner wiedergegeben:
- zwei Sicherheitsbereiche werden eingerichtet; der erste direkt um das Schloss vom BKA gesichert, der zweite im kompletten Tal bis zur Mautstelle bei Klais durch Polizei gesichert
- kein verankerter Zaun wie in Heiligendamm, sondern flexible und transportfähige "Bauzäune", die auch in den Wäldern funktionieren müssen
- Sicherheitsmaßnahmen temporärer Art, unterstützt durch moderne Überwachungstechniken (Infrarot-, Nachtischt, Wärmebildkamers etc.)
- Camps sollen rechtlich und durch Sensibilisierung von Grundstücksbesitzern und Interessensverbände verhindert werden
- Bundeswehr unterstützt logistisch und mit Unterkünften die Polizei, mehr Zusammenarbeit ist derzeit nicht geplant
- Schienenverkehr zwischen GAP und Mittenwald wird während des Gipfels wohl ausgesetzt, dafür SEV
- B2 (zwischen Mittenwald und GAP) ist lebensnotwendige Verbindung und muss unter allen Umständen frei gehalten werden
- weiträumige Sperrungen des Gebiets für Autoverkehr
- Anwohner werden "gebeten", zu Hause zu bleiben und nur die allernötigsten Fahrten zu machen
- Hubschrauberlandeplatz Pömmelsried nachwievor Alternative, falls Wetter im Gebirge Hubschrauberflüge nicht zulässt
- Digitalfunk komplett einsatzbereit am 30. April 2015
- realitätsnahe Übungen von Polizei, Feuerwehr, THW und BRK sollen durchgeführt werden
- friedlicher und schöner Eindruck des Gipfels besonders wichtig, gemeinsam zum Erfolg lautet die Devise
- keine Angst vor Ausschreitungen, da die letzten G7/G8-Gipfel auch allesamt ruhig verlaufen sind (genauso wie die SiKo) und die meisten Linksextremisten sind derzeit mit Blockupy beschäftigt; daher kein zweites Heiligendamm
- ökologische Ausgleichsmaßnahmen für Bau und Eingriffe in die Natur werden auf dem Truppenübungsplatz vorgenommen"

Aufruf des Bündnisses

Am 7. und 8. Juni 2015 trifft sich die „Gruppe der Sieben" (G7) auf Schloss Elmau in den bayerischen Alpen. Dort wollen die Staats- und Regierungschef*innen Deutschlands, der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Kanadas über Außen- und Kriegspolitik, Weltwirtschaft, Klima und „Entwicklung" beratschlagen. Die Repräsentant*innen der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt erheben den Anspruch, über die Geschicke der gesamten Welt zu entscheiden, ohne eine Legitimation dafür zu haben.
Die Politik der G7-Staaten bedeutet neoliberale Wirtschaftspolitik, Krieg und Militarisierung, Ausbeutung, Armut und Hunger, Umweltzerstörung und Abschottung gegenüber Flüchtenden.
Viele Einzelpersonen, Organisationen und Parteien unterschiedlichster Spektren und politischer Anschauungen werden diesen Gipfel nicht ungestört lassen.
Wir werden uns mit vielfältigen und kreativen, offenen und entschlossenen Aktionen, mit Demonstrationen, Blockaden und Versammlungen direkt am Schloss sowie der Großdemonstration und dem Gegengipfel in München der Politik der G7 in den Weg stellen. Beteiligt euch, kommt zahlreich, macht mit!

Bekämpft die Politik der G7:
Weg mit den Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA – die Welt ist keine Ware
Gegen Militarisierung und Krieg – Schluss mit den Kriegen der NATO-Staaten
Grenzen auf für alle Menschen – Solidarität mit den Migrant*innen und Flüchtenden
Stoppt die Ausbeutung von Mensch und Natur – Entzieht die natürlichen Lebensgrundlagen der Profitwirtschaft
Gegen den sozialen Kahlschlag – Die Konzerne sollen ihre Krise selbst bezahlen
Stop watching us – Gegen Überwachungsstaat und den Abbau demokratischer Rechte

Wir betrachten die Mobilisierung gegen den G7-Gipfel als Teil vielfältiger Protestbewegungen für soziale Gerechtigkeit, für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, für Frieden und für ungeteilte Menschenrechte. Wir stellen uns damit auch an die Seite der Blockupy-Bewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung, der antirassistischen Bewegung, der Kämpfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und der Proteste gegen Umweltzerstörung.

Erklärung der Camp-AG, 26.11.2014

Auch für uns kam die Verschiebung des Treffens der „G7" auf den 7. / 8. Juni 2015 überraschend. Viele Initiativen und Bewegungen im In- und Ausland vernetzen sich seit langem, um in diesen Tagen ihren

Widerstand gegen die Politik der „G7" sichtbar zu machen und gemeinsam ihre Hoffnung auf eine gerechtere, friedlichere und die Natur bewahrende Politik zu artikulieren und Alternativen zu TTIP, Flüchtlingselend und Kriegspolitik zu diskutieren. Das Aktionsbündnis Stop-G7-Elmau hat auf die Verschiebung des Gipfels schnell reagiert und einen neuen Aktionsplan entworfen, der das von Innenminister Herrmann mit seinem Wort garantierte Demonstrationsrecht „bis 200 Meter vor das Schloss Elmau"* aufnimmt. Es wurden verschiedene Demonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen sowie ein Sternmarsch angemeldet.

In diesem Zusammenhang hat das Aktionsbündnis Stop-G7-Elmau / AG Camp bei den drei Gemeinden rund um das Schloss Elmau auch um kommunale Flächen angefragt, auf denen in der Zeit vor und während des Gipfels einfache Übernachtungsmöglichkeiten gestellt werden können. Wir haben um eine Antwort innerhalb der nächsten zwei Wochen (bis zum 08.12.14) gebeten.

Die vielen Menschen, die kommen, um ihr durch das Grundgesetz garantiertes Recht auf ortsnahe Demonstration wahrzunehmen, werden natürlich irgendwo schlafen. Unserer Meinung nach sind Camps, in Absprache mit den Gemeinden und den Menschen vor Ort, die vernünftigste Lösung für eine Unterbringung.

Wir wissen sehr wohl, dass der G7-Gipfel für die Gemeinden in dieser ökologisch sensiblen Urlauberregion eine große Belastung darstellt. Für die Ausrichtung des G7-Gipfels im Werdenfelser Land sind nicht wir verantwortlich. Umso wichtiger ist es uns, die Camps so umweltverträglich und friedlich wie irgend möglich zu gestalten und in Kooperation mit den Gemeindeverantwortlichen vor Ort für eine gut funktionierende Müllentsorgung, Sanitärlogistik und die Natur schonende Bedingungen zu sorgen.


B okkupy-Aktionstage im November

Camps abzulehnen, wie es vor Wochen ein Sprecher des Innenminsterium noch erwogen hatte, hätte zwangsläufig zur Folge, dass die anreisenden Menschen, die von ihrem Demonstrationsrecht Gebrauch machen, auf Parkplatzschleifen der Bundesstraßen, Bahnhöfen, Marktplätzen und Wiesen übernachten. Das sehen wir vom Aktionsbündnis nicht als vernünftige Alternative.

Wer Kritik an Rüstungspolitik, Klimazerstörung, Geldwäsche oder Flüchtlingselend vom G7-Gipfel meint aussperren zu können, indem er Camps behindert, ortsnahe Versammlungen verbietet oder Gerüchte über gewaltbereite Demonstranten in die Welt setzt, verhält sich verfassungswidrig und bestätigt umso mehr die Notwendigkeit dieser Kritik.

Wer Bauern unter Druck setzt, damit sie ihre Wiesen nicht für Zeltcamps von GipfelkritikerInnen zur Verfügung stellen, verhält sich zutiefst undemokratisch und bevormundend.

Die öffentliche Meinungsbildung gehört zum Wesen der Demokratie. Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist es, Demonstrationen Raum zu geben, nicht sie zu verhindern.

Wir setzen daher weiterhin auf gute Kooperation mit den Menschen und Gemeinden vor Ort und haben sie um Gastfreundschaft gebeten.

Make capitalism history

Am 4. und 5. Juni 2015 treffen sich im oberbayerischen Elmau die Staats – und Regierungschef*innen der sogenannten "G7". Wenn die politischen Eliten Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der Vereinigten Staaten zu einem solchen Gipfel zusammen kommen, so tun sie dies in dem Selbstverständnis, die "bedeutendsten Industrienationen der Welt" zu repräsentieren. Entsprechend ist auch die Erwartung, dass ihre Übereinkünfte später Gültigkeit für den Rest der Welt bekommen sollen.

Dabei können die vertretenden Regierungen bestenfalls vorgeben, ein Zehntel der Weltbevölkerung zu repräsentieren. Sie handeln in der Selbstgewissheit, die "alten Großmächte" des westlichen Bündnisses zu sein, ist doch die G7 (mit Ausnahme Japans) deckungsgleich mit den wichtigsten NATO-Staaten. Wer zu ihnen gehören darf und wer nicht, bestimmen sie selbst, in der Durchsetzung ihrer Positionen vertrauen sie auf ihre politische und ökonomische Macht.

Diese Macht lässt sich nicht nur daran messen, dass in den G7-Staaten noch etwa die Hälfte des weltweiten Bruttosozialprodukts erwirtschaftet wird, sondern auch an dem Kapital, das sich dort befindet. 68 der 100 größten Konzerne der Welt haben ihren Sitz in einem der sieben Staaten. Diese sind Hauptakteure und -profiteure der sogenannten Globalisierung, jenes gigantischen wirtschaftlichen und sozialen Verdrängungskampfes, der nach dem Ende des "Kalten Krieges" weltweit eingesetzt hat. In der Durchsetzung dieser Entwicklung vertrauen die G7-Staaten nicht nur auf ihre wirtschaftliche Stärke, sie geben jährlich auch über 900 Milliarden Dollar für Militär und Kriege aus, deutlich mehr als alle anderen der rund 200 Staaten zusammen.

Wenn sich jetzt die "Gruppe der Sieben" in der Idylle der bayerischen Alpen trifft, geht es darum – trotz aller inneren Widersprüche – den gemeinsamen kapitalistischen Herrschaftsanspruch weiter abzusichern und auszubauen. Dieser wendet sich gegen ihre Konkurrenz, ebenso gegen Ausgebeutete und Unterdrückte innerhalb und außerhalb der G7-Staaten.

Wir wollen ihre Idylle stören. Wir verweigern uns der Logik, Menschen Staats – und Kapitalinteressen unterzuordnen. Wir sind gegen ihre Kriege, Grenzen, die daraus resultierende menschenverachtende Flüchtlingspolitik und gegen ihre politische und wirtschaftliche Herrschaft mit allen sozialen und ökologischen Folgen. Die G7 hat weder eine rechtliche noch demokratische, geschweigedenn eine menschliche Legitimation.

Kommt zu den Protesten gegen den G7-Gipfel in Elmau und München!
Werdet aktiv, es ist Zeit die herrschenden Verhältnisse anzugreifen!
Join the antinational Black Bloc!

DIRECT ACTION :: DOKUMENTATIONEN

Ende Oktober 2014

Erneut Buttersäure am Hotel?
Wie aus gut informierten Kreisen zu hören war, hat es letzte Woche im Park entsetzlich gestunken. Man darf also vermuten, dass das Hotel erneut Ziel einer Buttersäure-Aktion gewesen ist...

***

21.11.14 Angriff auf Amt für Bewährungshilfe und die Jugendgerichtshilfe

In der Nacht des 21.11.14 wurde das Amt für Bewährungshilfe und die Jugendgerichtshilfe in der Museumstr. in Hamburg Altona mit Steinen angegriffen und viele Fenster zerstört.
„Gegen den Staat, seine Justiz und Handlanger_innen! Solidarität mit den Beschuldigten und dem Gefangenen wegen der Hausbesetzung in der Breite Str. in Hamburg! Solidarität mit den Besetzer_innen, die es den Bullen gezeigt haben!
Wut und Kampf für Remi Fraisse, der vor wenigen Wochen in Frankreich bei Kämpfen mit den Bullen durch eine Granate gestorben ist!
Freiheit wird nicht verhandelt oder erbettelt! Gegen jede Autorität!"



***

07.12.14. Farbe und Steine auf das Strafjustizgebäude

„Um unserer Solidarität mit Jakob S. und Mehmet D. Ausdruck zu verleihen, haben wir am Abend des 07.12.2014 das Strafjustizgebäude am Sievekingplatz in Hamburg mit Farbe und Steinen angegriffen.
Jakob S. und Mehmet D. sitzen aus unterschiedlichen Gründen in Untersuchungshaft.
Jakob wird vorgeworfen an der Hausbesetzung und deren militanter Verteidigung in der Breiten Strasse am 27. August teilgenommen zu haben.
Mehmet sitzt seit Ende August in U-Haft, da er sich in der "ausländischen terroristischen Vereinigung PKK gemäß Paragraf 129b" engagiert haben soll.
Kaputte Scheiben und Farbe an der Fassade der für diese Zustände mitverantwortlichen Strafjustizbehörde sind Ausdruck unserer Unversöhnlichkeit mit dem Repressionsapparat und unserer Solidarität mit den von Repression Betroffenen.
Hausbesetzungen durchsetzen!
Weg mit dem PKK-Verbot und den Paragrafen 129 a & b!
Freiheit für Mehmet und Jakob!"

***

13.12. Farbe und Steine für das SPD Büro Harburg

***

19. - 21.12.2014 Aktionen gegen Senator Scheele und Professor Püschel

„Wir haben vor dem Wohnhaus des Hamburger Senators für Arbeit und Soziales, Detlev Scheele, in der Wölckerstraße 10 in Hamburg/Sasel sein Auto angezündet. Der Wagen befand sich nicht auf dem Grundstück, sondern war auf der Straße abgestellt. Am Haus von Professor Dr. Klaus Püschel, Leiter des Instituts für Rechtsmedizin am Universitätskrankenhaus Eppendorf, im Holderstrauch 24 in Hamburg/Schnelsen haben wir die Fassade und die Fenster mit Farbflaschen beschädigt.

Scheele, "der Mann mit dem Rücken zur Wand" und Püschel "der Ältermacher" -
zwei Akteure von staatlichem Rassismus und Abschttungspraxis

Wir haben uns an die beiden gewandt,
weil
der Aufenthalt der Lampedusa-Gruppe in Hamburg noch immer nicht gesichert ist. Schon über eineinhalb Jahre dauert nun ihr zäher Kampf für die Erlangung des Bleiberechts. Scheele hat als Schrittmacher in der Hamburger Regierung eine Gewährung von Unterbringungsmöglichkeiten frühzeitig an die Abgabe der Personalien gekoppelt. Der Sozialsenator, ein alter Gefolgsmann von Bürgermeister Scholz, dem er 2008/09 im Rang eines Staatssekretärs im Bundesministerium für Arbeit und Soziales zuarbeitete, unterstützte die knallharte Ablehnung einer kollektiven Gruppenlösung für die Flüchtlinge aus Libyen. Die SPD versucht nun den Konflikt um die Lampedusa-Gruppe aus dem Bürgerschaftswahlkampf herauszuhalten. Wir legen mittels unserer feurigen und bunten nächtlichen Ruhestörungen den Finger in die Wunde und bekräftigen, was die antirassistichen Gruppen im Herbst 2013 geschrieben haben, dass es keine Ruhe in der Stadt geben wird, bis es zu einer zufriedenstellenden Lösung kommt.

weil
Scheele, zu dessen Zuständigkeit die längerfristige Unterbringung von Flüchtlingen gehört, sich daran beteiligt, eine Stimmung zu erzeugen, welche eine weitere Aufnahme von Geflüchteten in Hamburg in Frage stellt. Denn so muss seine Aussage, er stehe mit dem Rücken zur Wand bezüglich der Schaffung von Wohnmöglichkeiten auch gelesen werden: nicht nur als Aufforderung an den Bund zur Bereitstellung von Mitteln, sondern als Aufzeigen der

:: AKTIONEN :: SPLITTER DER NACHT

Belastbarkeitsgrenze Hamburgs. Flankiert werden solche Statements durch Titelgeschichten Hamburger Tageszeitungen, die in Unfragen ermittelt haben wollen, dass über die Hälfte der Hamburger_innen einen Aufnahmestopp anstreben, da schon "mehr als genug getan wurde". Dies gießt Öl in das Feuer der zahlreichen Organisierungen gegen den Bau von Flüchtlingsunterkünften. Ein Hauch der Pogromstimmung von Anfang der 1990er zieht durch das Land. Pegida und HoGeSa bringen Tausende auf die Straße und der Innenminister, die AFD und der Hamburger Weihbischof Jaschke äußern Verständnis für die Sorgen der Mitbürger_innen. Wessen Geistes Kind der ansonsten gewiefte Taktiker Scheele ist, bezeugen seine Äußerungen über die im Sommer im Walter Möller Park unter freiem Himmel campierenden Menschen. Er bescheinigte ihnen "keine Integrationsperspektive", da sie schon in ihren Heimatländern nicht integriert gewesen seinen und über keinerlei Schulabschlüsse oder Berufsausbildungen verfügten.

weil
Scheele mächtig bei der Stimmungsmache um minderjährige unbegleitete Flüchtlinge mitmischt. Nahezu täglich werden in den Medien neue "erschreckende" Details bekannt gegeben: Die Jugendlichen gäben betrügerisch ein falsches, zu geringes Alter an, sie würden sich in Banden organisieren und harmlose Kiezgänger_innen bestehlen. Zuweilen würden sie unter- und auftauchen und begingen "Intensivtäterstraftaten". Deshalb sitzen bereits 20 von ihnen in U-Haft. Aber vor allem kosten sie viel Geld, sie sind schlicht zu teuer. Die Unterbringung und Versorgung in "begleiteten" Wohngruppen kostet ein Vielfaches von dem, was für einen erwachsenen Flüchtling investiert wird. Deshalb steht das Ältermachen schon seit langer Zeit auf der Tagesordnung der Sozialsenator_innen. Scheele arbeitet seit geraumer Zeit daran, ein neues Verteilungsmodell für jugendliche minderjährige Flüchtlinge zu etablieren. Sie sollen raus aus den Großstädten München, Berlin und Hamburg und aufs Land verteilt werden. Für eine notwendige Änderung der Gesetze versucht er seine SPD-Landesministerkolleg_innen zu gewinnen.

weil
Scheele als Hamburger Regierungsmitglied die Zustimmung Hamburgs im Bundesrat zum jüngsten "Asylkompromiss" mitzuverantworten hat. Im September sind Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina in die Reihe "sicherer Herkunftsstaaten" aufgenommen worden. Dadurch soll es zu schnelleren Prüfverfahren und zügigeren Abschiebungen v.a. von Roma kommen. Die Länder stimmten ebenfalls der Änderung des EU-Freizügigkeitsgesetzes zu: Wenn falsche Angaben bei der Aufenthaltsgenehmigung gemacht werden, sollen schärfere Strafen möglich sein.

weil
der Leiter des Instituts für Rechtsmedizin, Klaus Püschel (Selbstzuschreibung: "Ältermachen ist mein Dienstauftrag") für die Altersfeststellung von tausenden jugendlichen Flüchtlingen in dieser und der vergangenen Dekade zuständig war. Dabei wurden sehr viele Jugendliche aus der kostenintensiven Betreuung durch den Kinder- und Jugendnotdienst in die Erwachsenenaufnahme verfrachtet oder in andere Bundesländer umverteilt. Im Sommer 2001 befürwortete Püschel aus medizinischer Sicht die Einführung von Brechmitteleinsätzen durch den rot-grünen Senat, angeordnet durch den damaligen Innensenator Scholz, fortgeführt später durch Schill. Püschel selbst hat 550 Brechmitteleinsätze durchgeführt. Wir vergessen nicht den Mord an Achidi John im Dezember 2001 und den Mord an Laye Condé in Bremen im Januar 2005 durch die brutale Brechmittelfolter. Püschel wurde durch ein Gefälligkeitsgutachten schnell von aller Schuld reingewaschen. Straflos durfte er seine Arbeit mit dem Ruf einer bundesweiten Koryphäe fortsetzen. Im Prozess gegen die der Piraterie angeklagten Somalis machte er zwei Jugendliche mit zweifelhaften Methoden älter. Im Kachelmannprozess trat er als Gutachter für den Vergewaltiger auf...
- Keine Auslieferung von Bernhard Heidbreder von Venezuela nach Deutschland
- Am 7.1.2015 auf nach Dessau, der Mord an Oury Jalloh geschah vor 10 Jahren!
- Am 18.3.2015 auf nach Frankfurt/Main anlässlich der EZB-Einweihung die Festung Europa angreifen! - Destroika - !
Hamburg, 19. und 22. Dezember 2014

***

24.12.14. Hummel-Laden Schanzenstraße hat wieder mal Glassbruch

***

27.12.14 Buttersäure auf die Davidwache.

Die stinken, die Bullen, die Schweine!



***

02.01.15 Buttersäure im Jobcenter Bergedorf

Nach einer Schadstoff-Messung wurde das Jobcenter druckbelüftet und vorläufig geschlossen.

***

30.1. - Rote Flora: Soliveranstaltung für StandortFUCKtor Winterthur
Der Stadtaufwertung den Prozess machen!

(Text etwas gekürzt; die Redaktion)

Aktuelle Situation des Widerstandes gegen die Stadtverwertung in Winterthur, Schweiz

Im September 2013 fand in Winterthur eine Tanzdemo gegen die kapitalistische Stadtaufwertung und die daraus resultierende Verdrängung statt. Diese wurde jedoch von einem grossen Polizeiaufgebot gewalttätig aufgelöst.

Einige Gedanken und Informationen zur Situation in Winterthur:

Die ehemalige Arbeiter_innen- und Industriestadt Winterthur nahe Zürich ist mit gut 100'000 Einwohner_innen die sechstgrösste Stadt der Schweiz. Im Zuge der 80er-Jugendunruhen in Zürich brodelte es auch in Winterthur, die hiesige Bewegung wurde aber im Laufe der sog. "Winterthurer Ereignisse" durch eine Verhaftungswelle und massive Repression niedergeschlagen. Seither gab es aber immer kleinere politische Aktivitäten, zudem wurden über die folgenden Jahrzehnte immer wieder Häuser in der Stadt besetzt, einige dieser Besetzungen wurden geräumt, andere bestehen bis heute fort. Gegen grössere oder unbewilligte Demonstrationen ging die Polizei in der Regel sehr repressiv vor. 2004 wurde das 24-stöckige Sulzer-Hochhaus, das lange leerstehende Wahrzeichen der ehemaligen Industriestadt, von mehreren hundert Menschen drei Tage lang besetzt. Damit war die fortschreitende Gentrifizierung und der Ausverkauf der alten Industrieareale an private Investoren, verstärkt zu einem Thema der ausserparlamentarischen Linken geworden. Politische Aktionen fanden weiterhin statt, ausserdem gab es jedes Jahr einen revolutionären Block an der offiziellen 1.-Mai-Demo.

Tanzdemo StandortFUCKtor

Am 21. September 2013 fand in Winterthur die Tanzdemo StandortFUCKtor gegen die kapitalistische Stadtaufwertung und den gesellschaftlichen Kontrollwahn statt. Über tausend Personen wollten sich am Bahnhofplatz versammeln, doch wurde dieser pünktlich um 21 Uhr von einem Aufgebot von 280 Polizist_innen der Kantonspolizei Zürich und der Stadtpolizei umstellt.
Es schallte bereits Musik von den Soundwagen als die Polizei begann, mit Wasserwerfern von zwei Seiten in die Menge und auf die Wagen sowie die darauf spielenden Bands und DJs zu schiessen und die Leute einzukesseln. Während Stunden wurde immer wieder mit Gummischrot aus kurzer Distanz von beiden Seiten gleichzeitig in den immer enger werdenden Kessel geschossen. Es kam zu diversen Platzwunden an Kopf und Körper, Hirnerschütterungen und Prellungen. Ausserdem zu mindestens zwei Augenverletzungen durch Gummischrot. Eine Person verlor dabei fast die ganze Sehkraft auf einem Auge. (…) Auch Verletzte wurden nicht aus dem Polizeikessel herausgelassen. Die Polizei zwang Journalisten, aufgenommene Fotos oder Videomaterial des Polizeieinsatzes zu löschen.
Es wurden an diesem Abend 93 Personen verhaftet. Diese wurden fortlaufend in Kastenwägen nach Zürich gefahren, wo sie fotografiert, in Sammelzellen gesperrt, verhört und mit einer Wegweisung für die Winterthurer Altstadt bis neun Uhr am nächsten Morgen belegt wurden. Drei Leute wurden jedoch in Untersuchungshaft gesteckt, die letzte der 93 Personen wurde nach drei Tagen rausgelassen. Diverse Leute wurden nachträglich aufgrund von Bildmaterial identifiziert und angezeigt.
Nachdemo Bring Your Noise
Am 19. Oktober 2013, (…) fand eine Protestkundgebung gegen den Polizeieinsatz statt. Gleichzeitig wurde dabei nochmals die Kritik an der Stadtaufwertung und Verdrängung auf die Strasse getragen. Rund 300 Personen versammelten sich in der Altstadt, es wurden Transparente aufgehängt, Flyer verteilt und Musik gespielt.
Später kam es zu einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt. An diesem Tag waren keine Polizist_innen in Uniform vor Ort, es wurden weder Personenkontrollen durchgeführt noch die Auflösung der Demo gefordert. Doch zwei Monate nach dem Anlass wurden mehr als 20 Personen wegen «Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration» polizeilich vorgeladen und verhört. Ende März folgten dann die Strafbefehle durch das Stadtrichteramt: 630.- CHF Buße pro Person. Alle Personen will die Polizei aufgrund von Videomaterial und Fotos identifiziert haben. Was vorderhand nach einer Duldung des Anlasses aussah, war lediglich eine andere Repressionstaktik als das gewalttätige Polizeispektakel bei der StandortFUCKtor-Demo.

Antirepressionsarbeit

(…) Mehr als 100 Leute wurden verzeigt, die Summe der Bußen würde sich geschätzt auf über CHF 100'000.- belaufen, wobei Verfahrens- und Anwaltskosten noch nicht mit eingerechnet sind. (…)
Am 20. August 2014 fand ein erster Prozess zu den Verfahren im Zusammenhang mit der "Bring Your Noise"-Demo statt. (…)Hier ging es primär um juristische Fragen der Überwachung des öffentlichen Raumes (…) und um die Frage der "unbewilligten Demonstration", bzw. ob und wie diese zu bestrafen sei.
Der erste Prozess führte zu einer Bestätigung der Buße, bei geringfügigen Anpassungen in der Höhe des Betrags. Gegen 80 Personen erschienen am Prozesstag zu einer Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude. Hier wurden hauptsächlich politische Aspekte der Repression und des öffentlichen Raumes thematisiert. Das Urteil wird an die nächste Instanz weitergezogen (…)
Im Zusammenhang mit StandortFUCKtor laufen diverse Verfahren wegen schwereren Delikten. Von den übrigen betroffenen Teilnehmer_innen der StandortFUCKtor-Demo wurde beschlossen, ihre Einsprachen gegen die Bußen wegen "Teilnahme an einer unbewilligten Demonstration" aufgrund geringer Erfolgsaussichten zurückzuziehen (…)
Stattdessen wurde beschlossen, einen einzigen Fall wegen "unbewilligter Demonstration" als politischen Prozess weiterzuziehen. Unter dem Titel "Der Stadtaufwertung den Prozess machen" wurde eine politische Kampagne zu Gentrifizierung, Sparmassnahmen und Repression gestartet, welche mit dem politischen Prozess am 9. Januar ihren Höhepunkt erreichen wird. (…) Die Soliveranstaltung in der Roten Flora am 30. Januar soll ein weiterer Teil dieser Kampagne und der Anti-Rep-Arbeit sein. (…)
Gegen die Stadtaufwertung, die kapitalistische Verwertung des öffentlichen Raumes und die polizeiliche Repression wird es in Winterthur weiterhin Widerstand geben. Wir wollen keine Freiräume, wir wollen die ganze Stadt!

Soligruppe StandortFUCKtor, Dez. 2014

Konto: Verein Soli-Fonds/ 8400 Winti/ PC 90-192016-2/ Vermerk: StandortFUCKtor

Infoveranstaltung am 30.01.2015
ab 19Uhr in der Roten Flora
ab 23Uhr Soliparty

Kurdistan, Syrien und islamischer Fundamentalismus: die linke Lethargie überwinden

Zwei Themen treiben uns aktuell besonders um: Zum einen betrachten wir mit Sorge den Vormarsch des Islamischen Staats (IS) in Irak und Syrien und den internationalen Zustrom von Jihadist*innen. Der Höhenflug dieser islamisch-fundamentalistischen Bewegung bedeutet unmittelbare Bedrohung für alle emanzipatorischen, linken und als „ungläubig" identifizierten Menschen in der Region. Zum anderen gilt unsere Solidarität den kämpfenden Kurd*innen in Rojava und insbesondere in Kobanê, die – unterstützt von wenigen internationalen Kämpfer*innen – als einzige linke Bewegung in der Region dem IS etwas entgegenzusetzen haben.

Die deutsche Linke verhält sich zu beiden Themen – und ihrer Verbindung – bisher eher verhalten. Auch wenn die Unterstützungsaufrufe für Rojava langsam mehr werden und die Anzahl nicht-kurdischer Teilnehmender auf den Demonstrationen steigt, war in den letzten Wochen ein zurückhaltender und von großer Unsicherheit geprägter Umgang vorherrschend. Uns ging es nicht anders, mit vielem diese Themen Betreffenden kennen wir uns nicht sonderlich gut aus und die tiefere Beschäftigung mit Kurdistan und Rojava begann für einige von uns ebenfalls erst mit dem Auftauchen kurdischer YPJ-Kämpferinnen bei Tagesschau und Spiegel Online.

Bei den linken Debatten zum Thema fiel uns zweierlei auf: die anti-imperialistisch geprägte Linke hat zwar einen klaren Bezug zu Kurdistan, zugleich aber große Schwierigkeiten, die Bombardements der USA und ihrer Verbündeten als hilfreich und sinnvoll für den Kampf der Kurd*innen in Rojava anzuerkennen. Selbstverständlich sollten die geostrategischen Interessen der USA in Syrien und Irak kritisch hinterfragt werden. Doch im Kampf gegen die Grausamkeiten des IS sind die Jagdbomber der US-Airforce sicher das kleinere Übel. Auch die Benennung von IS und anderen islamisch-fundamentalistischen Strömungen als eindeutig anti-emanzipatorische Bewegung, die von linksradikaler Seite unbedingt bekämpft werden muss, fiel diesem Teil der Linken lange schwer.

Antideutsch geprägte Strukturen dagegen weigern sich, die kurdischen Kämpfer*innen als linke emanzipatorische Bewegung anzuerkennen, die einen fortschrittlichen Kampf gegen das Kalifat des IS führt. Grund hierfür ist wohl auch die bei den Kurd*innen verbreitete Palästina-Solidarität. Außerdem blicken Teile der antideutschen Linken vor allem auf den inner-linken Diskurs, anstatt sich, zumindest für den Moment, auf die dringend notwendige internationale Solidarität zu fokussieren.

Hier zeigt sich, dass es de facto an Analysen fehlt und Dogmen in den Köpfen vieler Linker noch bedeutsamer sind als eine Auseinandersetzung mit dem politischen Phänomen des islamischen Fundamentalismus. Wir halten es für richtig, sich mit den kämpfenden Menschen in Rojava zu solidarisieren und weiter noch, die direkt-demokratischen Strukturen in der Region als Ort linker emanzipatorischer Praxis anzuerkennen. Das Konzept des demokratischen Konföderalismus ist endlich wieder ein ernstzunehmender Versuch zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse. Damit ist nicht gesagt, dass bedingungslos alles in Rojava in den Himmel gelobt werden soll. Solidarität muss auch kritisch sein und genau hinschauen. Dennoch plädieren wir für eine neue Praxis der internationalen Solidarität mit Rojava und für eine ernsthafte Debatte um die partizipative Räte-Demokratie vor Ort.

Dieser Text ist nicht als fertige Analyse zu verstehen. Wir wollen damit einen Diskussionsbeitrag liefern und hoffen, dass einige Punkte aufgegriffen und weiter entwickelt werden. Außerdem möchten wir alle ermutigen, in direkten Aktionen praktische Solidarität mit Rojava auszudrücken und den islamischen Fundamentalismus politisch zu bekämpfen.

Problemanalyse: islamischer Fundamentalismus

Geht man von den politischen Mindeststandards der radikalen Linken aus, sollte klar sein, dass jede Form von islamischem Fundamentalismus einen Frontalangriff darauf darstellt. Dessen Vorstellungen von Scharia und Kalifat könnten kaum weiter von den eigenen gesellschaftlichen Ansprüchen entfernt sein und sind in unseren Augen menschenverachtend.

Doch der politische Islam entstand historisch im Kontext arabischer antikolonialistischer Bewegungen und bezieht seine Stärke auch aktuell vor allem aus anti-westlichen und zumindest ansatzweise antikapitalistischen Strömungen. Der unglaubliche Erfolg der verschiedenen islamisch-fundamentalistischen Ideologien all over the world – quasi internationalistisch – ist also vor allem als Gegenentwurf zur modernen kapitalistischen Welt zu verstehen, welcher eng mit der Geschichte von Unterdrückung und brutaler Kolonialisierung großer Teile der Weltbevölkerung durch die europäischen Staaten zusammenhängt.

Diese Tatsache macht es großen Teilen der Linken schwer, sich in direkte Opposition zum islamischen Fundamentalismus zu begeben. Das häufig bemühte Feindbild des vereinten Westens gegen die unterdrückten „Völker des Trikonts" erschwert die eindeutige Positionierung gegen den islamischen Fundamentalismus. Anstatt sich klar zu machen, dass dieser einen Vernichtungskrieg gegen sämtliche emanzipatorischen Errungenschaften der globalen Linken führt, wird häufig dem anti-amerikanischen Kampf mit großem Verständnis begegnet. Unserer Ansicht nach kann es nicht darum gehen, islamischen Fundamentalismus gegen Amerika auszuspielen oder andersherum – wir begreifen weder Amerika oder den „vereinten Westen" noch den islamischen Fundamentalismus als positiven Bezugspunkt für linksradikale Politik. Die Realität ist komplexer, als es diese dichotomen Weltbilder zulassen, wie aktuell in Rojava gut zu beobachten ist.

Die Situation ist also ziemlich verwirrend und führt zwangsläufig dazu, dass traditionelle Denkmuster überprüft oder überworfen werden müssen. Auch die Einordnung von islamischem Fundamentalismus und Jihadismus in bestehende linke Kategorien wirkt häufig noch eher zufällig. Beispielsweise ist fraglich, ob faschistisch wirklich eine angemessene Kategorie für den IS etc. ist. Der Faschismus ist eigentlich eine zutiefst bürgerliche Bewegung, was man vom islamischem Fundamentalismus nicht gerade behaupten kann. Und während die rassistische Ausgrenzung im klassischen Faschismus unüberwindbar ist, erlaubt der islamische Fundamentalismus zumindest im Grundsatz, zu konvertieren. (Die mörderische Praxis des IS in den eroberten Gebieten zeigt, dass diese Möglichkeit im konkreten oft nicht besteht.) Die richtigen Kategorien für islamischen Fundamentalismus müssen offenbar noch gefunden werden. Offensichtlich ist zumindest, dass seine ideologischen Bausteine durchweg rechte Muster aufweisen: Autoritarismus, religioser Fundamentalismus, Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Gewaltverherrlichung.

Bei all den eher allgemeingültigen Argumenten der letzten Absätze darf natürlich nicht unterschlagen werden, dass es sehr verschiedene Richtungen des islamischen Fundamentalismus gibt. Der derzeit vor allem im Fokus stehende IS grenzt sich bei-

spielsweise von seiner politischen Mutterbewegung al-Qaida durch die Propagierung von massenhaften Gewaltexzessen gegen politische Gegner*innen ab. Entscheidender Unterschied ist weiter, dass der IS auch Gewalt gegen andere – als ungläubig identifizierte – Sunnit*innen praktiziert. Grundlegender muss zwischen sunnitischem und schiitischem Fundamentalismus unterschieden werden und so weiter …

Der Erfolg dieser Ideologien ist auch als Niederlage der globalen Linken zu verstehen, alternative Gegenmodelle und Perspektiven zu schaffen, welche den Menschen eine reale Hoffnung auf die Überwindung von Kapitalismus, Imperialismus und Unterdrückung bieten. Gäbe es aktuell ein linkes Projekt, das Identifikationspunkt für antikapitalistische und der westlichen Weltordnung entgegengesetzte Gesellschaftsentwürfe darstellen könnte, wäre – so die Annahme – der internationale Zuspruch zum Jihadismus nicht so groß. Doch der Linken fehlt es seit 1989 sowohl an einem gemeinsamen internationalen Projekt als auch an einer gemeinsamen Vision/Utopie, die die Widersprüchlichkeiten des Bestehenden aufzulösen vermag. Vielleicht könnte Rojava ein solches Projekt sein. Der demokratische Konföderalismus bietet hier einige spannende Bezugspunkte.

Anti-muslimischer Rassismus

Die linke Stellungnahme zum politischen Islam fällt auch deshalb so schwer, weil mit der Argumentation gegen islamischen Fundamentalismus unfreiwillig rassistische Bilder der Mehrheitsgesellschaft bedient werden und man sich schnell mit Applaus aus der falschen Ecke konfrontiert sieht. Das Dilemma ist in der Vergangenheit beispielsweise bei Kundgebungen gegen den salafistischen Konvertiten Pierre Vogel deutlich geworden, wo sich Antifas plötzlich Seite an Seite mit Deutschen Rechten von Freien Wählern bis „autonomen Nationalisten" wiederfanden. Dass deren Positionen natürlich grundlegend rassistisch, islamfeindlich und menschenverachtend sind, muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Doch die Hogesa-Aufmärsche verdeutlichen das große Mobilisierungspotential der Rechten. Auch der öffentliche Diskurs um IS und Salafismus ist stark rassistisch geprägt, so dass die Themen islamischer Fundamentalismus und anti-muslimischer Rassismus für uns unweigerlich zusammengehören. Denn eine linke Position zu islamischem Fundamentalismus muss den gesellschaftlichen Kontext reflektieren, in dem sie formuliert wird. Und der ist (nicht nur) in Deutschland nach wie vor maßgeblich rassistisch und islamfeindlich geprägt.

Die Abgrenzung der eigenen Position zum nationalen und rechten Scheißgelaber darf nicht rein inhaltlich bleiben. Wir finden, dass sie einen stärkeren praktischen Ausdruck finden muss, will man Kritik am politischen Islam formulieren, ohne in die „Rassismusfalle" zu tappen. Die naheliegende und zugleich, für die deutsche Linke, erschreckend weit entfernte Antwort auf dieses praktische Problem wäre eine engere Zusammenarbeit mit migrantischen Linken. Hier war die deutsche Linke vor einigen Jahrzehnten schon mal weiter. Die Debatten der letzten 30 Jahre haben das Problembewusstsein für Nationalismus, Autoritarismus, Sexismus und Antisemitismus innerhalb linker Bewegungen entscheidend geschärft. Doch gleichzeitig wurden tiefe Gräben gezogen, die sich heute in unzureichender Solidarität mit emanzipatorischen Kämpfen auf der ganzen Welt ausdrücken – sofern diese nicht vollkommen auf der Höhe der eigenen Weisheit sind. Und trotz all der selbstreflexiven Papiere zu den Erkenntnissen aus dem NSU-Komplex hat sich bei der Zusammenarbeit vor Ort in den letzten Jahren wenig verändert. Die Berührungsängste der deutschen Linken mit migrantischen linken Strukturen sind nach wie vor groß.

Zurück zur Solidarität

Wir sehen es als Problem an, dass die internationale Solidarität der – vor allem deutschen – Linken in den letzten Jahren eher abgenommen hat. Der Blick auf die linken Bewegungen in anderen Teilen der Welt ist allzu oft von typisch deutscher Pedanterie geprägt: jede Position, jede Stellungnahme muss auf der eigenen Linie, beziehungsweise auf dem Stand der hiesigen Diskussionen sein.

Dieser Tage stellt sich mit den Kurd*innen in Rojava jemand dem Vormarsch des IS in den Weg, dessen Thematisierung in der deutschen Linken eine lange und widersprüchliche Geschichte hat. Die Frage nach Kurdistan ist aufgeladen mit Debatten um Nationalismus, Geschlechterrollen, Gewaltverherrlichung und Autoritarismus. Teile der Linken haben deshalb vor Jahrzehnten mit der kurdischen Bewegung gebrochen. Die Debatten wurden bei den Kurd*innen seitdem aber weitergeführt und heute stehen viele von ihnen grundsätzlich anders zu den Themen als vor 30 Jahren. Der mittlerweile in Rojava praktizierte demokratische Konföderalismus etwa hat mehr Ähnlichkeiten mit den Konzepten der Zapatistas als mit leninistischer Revolutionstheorie – die bei den Kurd*innen vor Jahrzehnten noch hoch im Kurs stand. Auch deshalb lohnt eine neue Auseinandersetzung mit der kurdischen Freiheits-Bewegung. Und es täte gut, bei aller kritischen Solidarität, deren Fokus allzu oft auf Kritik liegt, die Solidarität stärker zu betonen. Auch wir sind bisher weit entfernt von einer Praxis, die dieser Forderung gerecht werden könnte. Auf die Demos der kurdischen Genoss*innen zu gehen ist hier ein Anfang, mehr aber auch nicht.

Dasselbe gilt für den syrischen Konflikt im Allgemeinen: Reden wir nicht drum herum – fällt der globalen Linken zur Lage in Rojava und zum internationalen islamischen Fundamentalismus bisher wenig ein, so schweigt sie zum Syrien-Krieg vollständig. Die Anti-Assad-Aufstände in den syrischen Städten, entstanden im Zuge des Arabischen Frühlings Anfang 2011, interessierten im Gegensatz zu den Aufständen von Cairo und Tunis kaum jemanden – im Einklang mit der westlichen medialen Berichterstattung. Der syrische Bürgerkrieg wurde höchstens als internationaler Stellvertreterkonflikt thematisiert, die Forderungen und Hoffnungen der demokratischen Assad-Gegner*innen fanden kaum Gehör. Dabei sollte man sich nicht von der medialen Berichterstattung dumm machen lassen: wurden vor einigen Monaten noch sämtliche Assad-feindlichen Parteien in Syrien in den Himmel gelobt, passiert dasselbe nun recht indifferent gegen den IS. Eine Linke sollte auch hier mehr auf die emanzipatorischen Kräfte vor Ort schauen – Kräfte wie die säkularen Teile der Freien Syrischen Armee, hervorgegangen aus den Arbeiter*innen-Aufständen von 2011. Diese noch mittels internationaler Solidarität zu stärken ist fast schon zu spät. Der Großteil der FSA-Einheiten ist mittlerweile zwischen IS und Assad-Regime aufgerieben. Doch auch hier gilt – eine Positionierung von linker Seite ist spät noch immer besser als nie.

Islamischen Fundamentalismus international bekämpfen

Der islamische Fundamentalismus funktioniert als internationale Bewegung. Die Herkunft der Mujahedin in Syrien macht deutlich, dass das Problem nicht nur im Mittleren Osten existiert. Islamisch-fundamentalistische Ideologie hat ihr ruhiges Hinterland auch inmitten des Rhein-Main-Gebiets, und erfährt in den Großstädten der Welt regen Zulauf. In Frankfurt etwa machen Gruppen wie diewahrereligion oder DawaFFM erfolgreiche Jugendarbeit und erzeugen mittels der Lies!-Koranverteilungen Aufmerksamkeit für sich und ihre Ideologie. Linke migrantische Strukturen – insbesondere Kurd*innen und Exil-Syrer*innen – stehen schon länger im Konflikt mit diesen islamisch-fundamentalistischen Bewegungen. Meist werden sie von der deutschen Linken damit allein gelassen – das

muss sich ändern. Islamischer Fundamentalismus muss als internationale Bedrohung für linke emanzipatorische Prozesse überall auf der Welt verstanden und als solche mit linkem, antifaschistischem Selbstverständnis bekämpft werden – auch hier vor Ort. Wir sollten die Erfahrungen unserer kurdischen, türkischen, irakischen, iranischen und übrigen Genoss*innen aufgreifen und islamischem Fundamentalismus gemeinsam mit ihnen entgegentreten. Die jahrelangen Erfahrungen der klassischen Antifa-Arbeit sind sicher hilfreich. Machen wir Salafismus, islamischen Fundamentalismus und Jihadismus endlich auch zum regionalen Thema. Ohne traditionslinke Schranken im Kopf – aber mit großer Wachsamkeit für antimuslimischen Rassismus.

Wir fordern linke Gruppen und Strukturen auf: Beteiligen wir uns an der praktischen Solidaritäts-Arbeit zu Rojava. Unterstützen wir die emanzipatorischen Kräfte im Syrien-Konflikt. Bekämpfen wir islamischen Fundamentalismus auch regional – entschlossen und gemeinsam mit migrantischen linken Strukturen. Schaffen wir so ein neues Verständnis von internationaler Solidarität und grenzenloser Zusammenarbeit einer globalen Linken.

Freundeskreis im Entstehen

Ein anarchistisches Revival?

Zu den aktuellen Solidaritätsprotesten mit Nikos Romanos in Griechenland

Auf Griechenlands Straßen tobt erneut der Aufstand. Die aktuelle Protestwelle begann mit dem Gedenken an den Aufstand am Polytechnikum 1973 am 17. November, ging weiter mit einem erneuten Generalstreik am 27. November und mündete nun in auch gewaltsame Proteste zum Jahrestag der Ermordung von Alexandros Grigoropoulos am 6. Dezember und in Solidarität mit dem inhaftierten Hungerstreikenden Nikos Romanos.

In den vergangenen Wochen kam es landesweit zu Besetzungen und Kämpfen gegen die Staatsmacht – in besonders heftigem Maße in Athen und Thessaloniki. Vergangenen Mittwoch beendete Nikos Romanos schließlich nach 31 Tagen seinen Hungerstreik, nachdem er – in kritischem gesundheitlichen Zustand – mit einem Durststreik gedroht hat. Es kam schließlich zu einem Kompromiss zwischen seinem Anwalt und der Regierung. Steht die bis vor kurzem noch paralysiert wirkende und fragmentierte anarchistische/antiautoritäre (a/a) Bewegung in Griechenland vor einem neuen 2008, oder handelt es sich eher um das letzte Aufbegehren gegen einen längst übermächtig gewordenen Repressionsapperat?

Zu den Hintergründen

Nikos Romanos ist eine Symbolfigur für die a/a Bewegung in Griechenland: Er war einer jener Freunde von Alexandros Grigoropoulos – jenem jungen Anarchisten, der im Jahr 2008 von griechischen Polizeieinheiten im Rahmen einer Kontrolle ermordet worden war -, die dessen Ermordung als Augenzeugen mitbekommen hatten. Die Gedenkproteste an Alexandros mündeten in die heftigsten landesweiten Ausschreitungen in der jüngeren Geschichte Griechenlands. Die Bilder der Riots gingen als Sinnbild des Aufstands ihrerzeit um die Welt. Schon damals bildeten landesweit Besetzungen von Rathäusern, Uni-Fakultäten, Schulen und Gewerkschaftshäuser ein Netz an Widerstandszentren von denen der wochenlange Aufstand ausging.

Mit seinen Genossen Dimitris Politis, Andreas-Dimitris Bourzoukos, Yannis Michailidis führte Romanos im vergangenen Jahr einen bewaffneten Überfall auf eine Bankfiliale der Agrotiki-Bank und ein Postbüro in Kozani, westlich von Thessaloniki im Norden Griechenlands, durch. Das geraubte Geld sollte in die politische Arbeit fließen. Nach einer Verfolgungsjagd konnten sie von der Polizei gestellt werden, wurden in ein Polizeipräsidium gebracht und dort gefoltert. Die Bilder wurden anschließend – mit Photoshop bearbeitet – der Presse präsentiert.

Ihm und seinen „Komplizen" wird außerdem die Mitgliedschaft in der als "terroristische" Vereinigung geltenden Gruppe „Verschwörung der Feuerzellen" vorgeworfen. Nach einem Strafverfahren, muss Romanos nun knapp 15 Jahre in der Haftanstalt Koridallos in Athen einsitzen.

Aus der Lethargie....

Der Aufstand von 2008 war vorerst der Höhepunkt einer sich seit den 80er Jahren rasant entwickelten anarchistischen und antiautoritären Szene. Dessen Vorläufer waren die Studentenproteste 2006-2007 die zum vorläufigen Stopp des damaligen neuen Bildungsgesetzes führten, und kurzzeitige Aufstände gegen staatliches Morden wie im Fall der Ermordung von Michalis Kaltezas 1985 oder von Nikos Temponeras 1991. Die a/a Bewegung geriet in den vergangenen Jahren aufgrund von internen Kämpfen und daraus folgenden zahllosen Spaltungen von Zusammenhängen zunehmend in die Defensive. Angesichts der Lethargie einer krisengeschüttelten und verängstigten griechischen Gesellschaft und der Perspektivlosigkeit einer schwerpunktmäßig auf den militanten Aufstand fixierten und organisationsschwachen Bewegung schien diese an einem Dead End angelangt zu sein.

Nach der Explosion des Dezember 2008, von dessen sozialer Komposition die Anarchist*innen selbst überrascht waren, und dem Scheitern der Massenproteste während der Krisenjahre 2010-2012, verfiel die Bewegung in sektiererische Abgrenzungspolitiken. Die Gründe für die Spaltungen sind vielfältig: Gruppen, die versuchten, sich kontinuierlich anhand fester Öffentlichkeitsarbeit und Strukturen zu organisieren, wurden als Parteien bzw. als reformistisch diffamiert, Wege trennten sich wegen persönlichen Auseinandersetzungen bzw. Macht-und Besitzansprüchen, Anarchismus degradierte nicht selten zum individualistischen Lifestyle. Dies führte dazu, dass der letzte dynamische Generalstreik mit großer antiautoritärer Beteiligung im Februar 2012 stattfand. Auch größere alleinstehende anarchistische Demonstrationen und Aktionen blieben in der Folgezeit die Ausnahme. Die praktischen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht blieben in Exarchia, dem linksalternativen Stadtviertel Athens, stekken.

Einige Gruppen schafften es ihre Dynamik in die Wege der Selbstorganisierung zu kanalisieren: Um soziale Zentren und Räumen entstehen direktdemokratische Strukturen, Vernetzung von Kollektiven und Netzwerken ohne Zwischenhändler und der Versuch einer freieren Gesellschaft wird geprobt. Parallel verpasste die a/a Bewegung vor allem die Verschärfung der Repression seitens des griechischen Staates – auf allen Ebenen. Bereits im September 2012 begann der Staat mit seiner Räumungsstrategie gegen anarchistische Besetzungen. Als erstes

traf es das bekannte besetzte Hotel Delta in Thessaloniki kurz vor den jährlichen Messeprotesten. Zum Jahreswechsel folgte die Räumung des legendärsten Squats Griechenlands, der Villa Amalias und der seit der Dezemberrevolte bestehenden Besetzung Skaramanga.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt wurde in Medienberichten bekannt, dass die staatlichen Behörden etwa 40 Projekte auf ihre Liste haben. Der nächste große Schlag erfolgte in Patras als an einem Tag gleich drei Besetzungen geräumt wurden. Die Räumungswelle stoppte dann, nicht zuletzt wegen der wachsenden Unbeliebtheit der Regierung. Schließlich bedeutete Repression gegen die Bewegung vor allem in den letzten Jahren auch Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen, die vermehrte Anwendung von „Terrorparagraphen" gegen Aktivist*innen, Bannmeilen zur Verhinderung von Protesten und Streiks oder nicht selten auch deren unmittelbare Zerschlagung durch die Staatsmacht – mit einem Gesetz zum Verbot von Streiks aus den Zeiten der Militär-Junta im Rücken. Das alles ist den staatlichen Behörden nur möglich wegen der technologischen Entwicklung ihrer präventiven und praktischen Repression. Die Antiterroreinheit wurde mit Hilfe von ausländischen Geheimdiensten schon im Rahmen der Ermittlungen gegen die jahrzehntelange operierende Stadtguerilla Organisation 17. November modernisiert, die zu ihrer Zerschlagung im Jahr 2002 führte. Die sogenannten Krisenjahre zeigten aber das vor allem in dem Bereich Repression und Überwachung nicht gespart wird: Die griechischen MAT wurden in puncto Organisierung und Ausrüstung an das Vorbild der deutschen Hundertschaft angepasst. Sogar europäische Polizeitrainings fanden statt um die eingerosteten Rioteinheiten der griechischen Polizei zu modernisieren. Dies führte zu Änderung der Taktik, konkret auch vermehrt zu präventive Kontrollen, Kesseln und mehr Ingewahrsamnahmen. Zwar konnte es sich der Staat nicht leisten die sperrigen Polizei-Busse in gelenkige Sixpacks umzuwandeln, aber es wurden neue Motorradeinheiten eingeführt. Außerdem perfektioniert sich von Jahr zu Jahr die Telefon- und Internetüberwachung. Der Bau von sogenannten Typ-C-Gefängnissen und Abschiebezentren stellen hier „nur" die Spitze des Eisbergs dar.

....hin zu einer neuen Perspektive?

Bereits im Sommer diesen Jahres starteten politische Gefangene einen Massenhungerstreik um gegen eine Gesetzesvorlage zu ebenjenen Typ-C-Gefängnissen zu demonstrieren. Dieser Typ Gefängnis sieht eine separate Unterbringung von politischen Gefangenen, Meuterern, potenziell „gefährlichen" und besonders schwerwiegend straffällig gewordenen Menschen vor, denen Vergünstigungen wie Hafturlaub und Kommunikation nach außen entzogen und die in Isolationshaft gehalten werden können. Nikos Romanos selbst ging aufgrund der Tatsache, dass ihm u.a. das Recht auf Bildung und zentrale reguläre Freiheitsrechte für Häftlinge verweigert wurden am 10.November in den Hungerstreik. Ihm folgten zahlreiche weitere inhaftierte Anarchist*innen, die sich mit dessen Anliegen solidarisierten. Begleitet wurde der Hungerstreik nun mit der erneuten Aktivität der Bewegung auf der Straße. Landesweit wurden öffentliche Gebäude durch Aktivist*innen besetzt – an besonders prominenter Stelle das Gewerkschaftshaus in Thessaloniki und das Polytechnikum in Athen. Ersteres musste vergangene Woche bereits militant gegen Räumungsversuche der Rioteinheiten der Polizei verteidigt werden.
In Athen wurden nach dem Ende der 6. Dezember Demonstrationen am Exarchia Platz allein drei Wasserwerfer eingesetzt. „Weil es einer allein nicht durch die kämpfende Menge schaffte, die sich stundenlange Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten", kommentiert Nansy Stamati von dem sozialen Zentrum Nosotros diese Maßnahmen der griechischen Polizei. An diesem Abend, so belegen Videos und Medienberichte, waren an der Seite der Polizei auch dutzende mit Latten und sonstigem Material ausgerüstete Vermummte unterwegs. In Thessaloniki versuchte eine Gruppe von Unbekannten am Rande der 6. Dezember Demonstration eine Filiale eines Bekleidungsgeschäfts in Brand zu stecken. Da sich in dem Geschäft noch Menschen aufhielten, eilten Aktivist*innen des antiautoritären Blocks zur Hilfe herbei, löschten das Feuer und schlugen die Schaufensterscheiben ein, um die Eingeschlossenen zu befreien.
In einer Erklärung von (a/a) Gruppen wird die Aktion der Unbekannten scharf kritisiert und es wird klar gestellt, dass solche Aktionen in Zukunft weiterhin nicht toleriert würden. Aber auch in kleineren Städten kam es zu erfolgreichen Besetzungen und Solidaritätsaktionen: So wurden in Kavala und Heraklion das Rathaus besetzt; es gab Transpi-Aktionen, größere Demonstrationen und öffentliche Versammlungen zur Vorbereitung von Aktionen. Den anarchistisch und antiautoritär dominierten Demonstrationszügen schlossen sich auch kleinere linke Parteien und Gruppen an, z.B. das linksradikale Bündnis Antarsya.
Direkte Unterstützung fand Romanos auch in den Reihen der Syiza Parlamentarier*innen: „Das was Nikos Romanos verteidigt, verweigert ihm die griechische Politik , indem sie sein eigenes Recht auf Leben in Gefahr setzt. Und es ist diese Politik die die Kugeln bezahlt hat, die seinen 15 jährigen, toten, Freund in seine Arme geworfen haben" notierten in einer Erklärung alle Europaabgeordneten der aufstrebenden Linkspartei. Die Auseinandersetzung um Romanos Forderungen führten zu einem erneuten medialen Schlagabtausch – im Schatten der kommenden Präsidentschaftswahlen – zwischen den Regierungsparteien und Syriza. Durch die landesweiten Aktionen, die nicht-kontrollierbaren militanten Ausschreitungen auf den Straßen, aber auch den Mut der Hungerstreikenden, deren gesundheitlicher Zustand durch den Streik immer schlechter wurde, konnte effektiv öffentlicher Druck aufgebaut werden, der sich auch in ausgiebiger Berichterstattung in den griechischen Mainstream-Medien und der daran anschließenden öffentlichen Diskussion zu Romanos Haftbedingungen niederschlug.
So konnte schlussendlich die derzeitige Regierung an den Verhandlungstisch gezwungen werden. Auch wenn nun nach dem Ende des Hungerstreiks kein neuer Aufstand als Folge der derzeitigen Solidaritätsaktionen eintritt, ist das Einknicken der Regierung vor der Solidaritätsbewegung ein enormer Sieg. Eine realistische Einschätzung bezüglich einer weiteren Perspektive, die sich aus diesem Etappensieg ergeben kann, liefert Grigoris Tsilimantos von der Antiautoritäre Bewegung (AK) Thessaloniki: „Romanos hat seinen Anteil an der Geschichte, in dem er viel mehr gegeben hat als es seinem Alter entspricht. Aber die Geschichte die machen wir alle. Die Frage also wer gewonnen hat, Romanos oder der Parlamentarismus, ist die Frage des nächsten Tages für uns, und dieser Tag hat jetzt schon begonnen. Konstantopoulou hat am Dienstag als Anwältin geredet, und am Mittwoch als Politikerin. Sie hat uns den Handschuh für den nächsten Tag hingeworfen indem sie sagte, dass der letztendliche Gesetzesentwurf der Sieg der Parlamentarismus ist. Diese Formulierung geht viel weiter als um die Sache von Romanos. Falls in den Zeiten die kommen sich die drei Jahre 81-84 wiederholen, dann hat der Parlamentarismus gewonnen. Falls die unbeherrschten Bewegungen lebendig bleiben und kreativ sind auf den Straßen, dann hat Romanos gewonnen."

Von Jan Ronahi / John Malamatinas

anti-atom

Stoppt die Urantransporte bevor sie zu Atommüll werden – es tut sich was

In diesem Jahr lohnt es sich einmal bei einer Jahresrückschau nicht den ganz großen Bogen zu spannen, sondern, atompolitisch, vor der eigenen Haustüre zu schauen was so passiert ist – eine ganze Menge nämlich. Nach vielen Jahren des dornröschenartigen Recherchierens scheint die Norddeutsche Anti-Atom-Bewegung nach dem Brand auf der Atlantic Cartier am 1.Mai 2013 in Sachen Urantransporten aufgewacht zu sein. Rund um den Jahrestag gab es eine lebhafte Berichterstattung, nicht zuletzt auch über eine erfolgreiche Aktion am 3.5. 2014, bei der ein 9 Meter langes Transparent mit Magneten an der Atlantik Cartier befestigt werden konnte. „Atomtransporte – brandgefährlich" war dort deutlich zu lesen und fand sich so in zahlreichen Medien wieder. Das die Aktion gelang obwohl sie in der Flora vorbereitet wurde, und ein ARD Kamerateam dabei war, (Planet e - Deutschland geheime Atomtransporte – sehenswert) erstaunt um so mehr als sich der Senat rühmte vor allem die Kontrollen der Wasserschutzpolizei verbessert zu haben.
Mitte August wurde dann im Rahmen des Anti-Atom-Camps in Kiel der notorische Süd-West Terminal im Hamburger Hafen von mehr als 20 Aktivist_innen bei einer Inspektion überrannt. Dabei konnten mehr als 50 Container mit Uranerzkonzentrat aus Namibia und erstmals auch aus Usbekistan dokumentiert werden. Das die überforderte Mitarbeiter der Terminals sich nicht besser zu helfen wussten als Container quer in die Zufahrt zu stellen, behinderte die anrückende Polizei mehr als die Aktivist_innen, und zeigte deutlich das hier ein wunder Punkt getroffen war.
Nur wenige Tage später, am 19.8. gelang es drei Aktivist_innen für mehr als 5 Stunden die Abfahrt dieser Container zu blockieren, indem sie sich vor und hinter dem Zug an die Gleise ketteten. Unserer Information nach war dies die erste derartige Aktion im Hamburger Hafengebiet, die auf eine dementsprechend schlecht vorbereitete Wasser-Schutzpolizei traf. Mit der Schlagzeile: „Die Schlacht um das gelbe Pulver", und einem ganzseitigen Bericht über die Situation in den Uranabbaugebieten, stellte die Mopo selbst die Bildzeitung und die TAZ in den Hintergrund die ebenfalls ausführlich berichteten.
Seit Sommer diesen Jahres wurden die über den von C-Steinweg betriebenen Transporte auch bundesweit stärker beobachtet, und es ist nun klar welche Strecken sie benutzen, und welches Ziel sie haben - die einzige europäische Urankonversionsanlage im französischen Malvesie bei Narbonne. Bisher war auch den französischen Anti-Atom-Bewegten diese Anlage nicht so aufgefallen, das sie ja „nur" ein Zwischenprodukt in der nuklearen Brennstoffkette darstellt. Aus Hamburger Perspektive ist sie aber ebenso wichtig wie die Urananreicherungsanlage in Gronau oder die Brennelementefabrik in Lingen. Alle Drei sind „unscheinbar", spielen aber in der Brennstoffkette eine unverzichtbare Rolle. An dieser Stelle sei auch auf den ausführlichen Infoflyer des Anti-Atom-Büros verwiesen, in dem die Atomtransporte durch den Hamburger Hafen übersichtlich erklärt werden (http://aabhh.noblogs.org/post/2014/08/11/hamburg-drehscheibe-im-internationalen-atomgeschaeft/).

Über die Aktionen in Hamburg, aber auch entlang der Strecke wurde immer wieder auch in NRW und Rheinland-Pfalz berichtet, so dass das Bonner Stadtparlament sich Anfang 2015 mit einer Resolution des Umweltausschusses befassen muss, in dem ein Stopp der Transporte durch das Bonner Stadtgebiet gefordert wird. Auch der Rheinland-pfälzische Landtag musste sich auf Initiative der mitregierenden Grünen (sic.) mit den Urantransporten entlang des Rheines befasst.

Auf die Relevanz der nachgelagerten Atomfabriken für den Betrieb nicht nur der AKWs sondern auch der dahinter stehenden Energiewirtschaft verwies auch eine Aktion gegen das Schienennetz der deutschen Bahn im Raum Hamburg, die im September (siehe Zeck) zu einen Verkehrschaos in Norddeutschland führte.
Überhaupt hat sich der Informationsstand zu Urantransporten im Hamburger Hafen dramatisch verbessert. Mittlerweile kann davon ausgegangen werden das mehr als 90% aller Atom-Transporte durch den Hamburger Hafen beobachtet oder erfasst werden, ein großer Sprung zu den verstreuten Informationen die noch vor drei Jahren vorhanden waren.

Auch die Vernetzung hat einen Schritt nach vorne getan. In 2014 hat sich ein bundesweites- und auch ein Vernetzungstreffen der Hafenstätte etabliert, so dass die Informationen von den einzelnen Gruppen langsam ein schlüssigeres Bild der gesamten Transportsituation bundesweit ergeben. 2015 wird es vor allem darum gehen aus der Vielzahl der Informationen herauszuarbeiten, wo ein möglicher Kampagnenansatz liegen könnte. Noch vor wenigen Wochen hätte die Antwort wohl gelautet, an den Personenfähren der Ostseehäfen anzusetzen, die neben den Passagieren auch Brennelemente zu den schwedischen AKWs transportieren. Doch Anfang November gab die Reederei Stena-Lines bekannt, dass sie aufgrund des öffentlichen Drucks, in Zukunft auf diese Transporte verzichten wird. Damit erweist sich die Stena-Lines als lernfähiger als die Hamburger SPD, die starr an den Urantransporten durch den Hamburger Hafen fest hält, die sie dich mittels Firmenbeteiligung bei Hapag Lloyd und dem Terminalbetreiber HHLA durchaus verhindern könnte.

Erfreulicherweise wird sich mit diesem Thema nicht nur ein norddeutsches Vernetzungstreffen beschäftigen, sondern auch das im Herbst aus der Taufe gehobenen Hamburger Bündnis gegen Urantransporte, das zum ersten mal seit Jahren alle Hamburger Anti-Atom-Gruppen zum Thema Urantransporte kontinuierlich an einen Tisch bringt (http://atomtransporte-hamburg-stoppen.denknix.de/). Den krönenden Abschluss 2014 stellte aber die Aktion einiger Aktivist_innen am 11.11. dar, die sich für mehr als sieben Stunden kurz hinter dem Süd-West Terminal vor einem Urantransport abseilten, und die Beamten an der Premiere einer weitere Aktionsform im Hamburger Hafen teil haben ließen. Die schöne Ausrüstung gegen Ankettaktionen war ganz um sonst dabei.

Mal sehen was 2015 auch in Sachen Aktionsformen so bringen wird.

Flora Termine im Januar

Dienstag, 06.01.2015, Konzert
DAN WEBB AND THE SPIDERS, Garage Punk aus Boston, MA, US
GLOOM SLEEPER, Post-Punk aus Bielefeld, DE
Einlass: 20:00 Uhr

Samstag, 10.01.2015, Party
Soliparty für Prozesskosten: 80er / 90er / Punk / Indie / Trash
Einlass: 22:00 Uhr

Montag, 12.01.2015, Konzert
HC-Konzert: Eisbergx (UK) , In Circles (D)
Einlass: 20:30 Uhr

Donnerstag, 15.01.2015, Party
subspAce: Soliparty für syrische refugees
mit: Ira & I, Felix Lorusso+ Gast
Einlass: 23:00 Uhr

Freitag, 23.01.2015, Party
Soliparty für Prozesskosten: Techno + 80er / 90er
Einlass: 23:00 Uhr

Samstag, 24.01.2015, Party
Soli-Party für Lampedusa in HH und das „solidarische Winternot-programm"

Se t nun e ne nha b Jahren kämpft d e Gruppe „Lampedusa n Hamburg"
um e n B e berecht und um e ne Arbe tser aubn s n Hamburg. D eser Pro
test sch eßt s ch den europawe ten Kämpfen von Refugees für e ne bes
sere F ücht ngspo t k an. W r ze gen uns so dar sch m t den Kämpfen von
Refugees und versuchen d e Gruppe durch po t schen, aber auch f nan
z e en Support zu unterstützen. Der fort aufende Support benöt gt v e
Ge d für Unterha tskonsten w e He zkosten, Essen und Fahrkarten und
d ent der d rekten Unterstützung des po t schen Protests. Um d esen Sup
port auch n den kommenden Monaten zu gewähr e sten veransta ten w r
am 24.01. e ne große So Party von und m t Refugees n der Roten F ora!
Deta s zu DJ_anes/versch edenen F oors werden ba d n Kürze den üb
chen Wegen bekanntgegeben.
Se d so dar sch m t den Kämpfen der Refugees. Lampedusa st übera !

Freitag, 30.01.2015, Infoveranstaltung & Soliparty für Repressionskosten
19:00h Infoveranstaltung mit Aktivist*innen aus Winterthur (siehe Artikel im Heft)
23.00 Party: DJ HeadShot (Drum`n Bass), DJ Randalex (Drum`n Bass) und das "Disco von unten -Kollektiv" (hip hop bis electro) … auf zwei Floors; Special: Plüschbar mit Sekt & Waffeln

Samstag, 31.01.2015, Soliveranstaltung Squatting Days
Workshops, Vorträge, Ausstellung, Vollversammlung
Konzert + Disco
Einlass: 14:00 Uhr

Floragruppen

Archiv der Sozialen Bewegungen und Fotoarchiv: jeden Montag 15-20 Uhr (Tel. 433007)

druck machen: die siebdruckwerkstattder roten flora existiert seit 1989! nach dem derzeitigen umbau wird die werkstatt in neuen räumen im ersten stock voraussichtlich im winter 2014 wieder eröffnet.

motorrad werkstatt: jeden montag schrauben und klönen ab 18 uhr. kommt vorbei!

fahrradselbsthilfe: mit ra(d)t und tat stehen euch die schrauber montags von 18.30-21 uhr zur seite!

offene baugruppe: wir erfinden gerade die flora neu und nehmen umfangreiche umbaumaßnahmen im erdgeschoss in eigenleistung vor – wenn ihr lust habt, euch handwerklich in einem spannenden und herausfordernden politischen umfeld zu engagieren, kommt samstags und sonntags um 13 uhr vorbei!

sportraum: selbstverwalteter sportraum (1. stock) von neigungsgruppen mit unterschiedlichsten bewegungsangeboten. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!

bandproberäume: insgesamt vier übungsräume im keller der flora werden in selbstverwaltung von bands gemeinsam genutzt. interessierte können über das plenum kontakt aufnehmen!